

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 10, Halbesohnstraße 40

Preis pro Nummer 1.40 M., im Halbjahre 8.00 M., im Jahre 15.00 M. — Preis für die Post: 1.40 M., im Halbjahre 8.50 M., im Jahre 15.50 M. — Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Remittenten aufgebundene Exemplare kommen nur die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Sächsische Volkszeitung

Wegzugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 10.20 M. Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M., Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Aufnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsstellen 1.40 M., im Halbjahre 8.50 M., im Jahre 15.50 M. — Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Remittenten aufgebundene Exemplare kommen nur die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Zum katholischen Schulstreit in Plauen i. V.

Wir stehen im Kampfe um die Erhaltung unserer katholischen Schulen, wir stehen dabei auf der Seite der Verfassung. Die einschlägigen Artikel sind in Kürze folgende: Artikel 109 beginnt über Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen mit dem Satz: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“ Viele Katholiken glauben noch gar nicht, daß uns die neue Zeit auch Rechte und Freiheiten gebracht hat. Wir dürfen nach diesem Satze doch zum wenigsten das fordern, was wir bisher besessen haben: Das sind unsere katholischen Schulen.

Der nächste wichtige Artikel ist 120: „Die Erziehung des Nachwuchses zur Leiblichen, geistlichen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern“ — also Pflicht und Recht der Eltern zugleich, nicht irgendeiner dritten Person, also auch nicht Recht des Staates oder der Lehrer, sondern der Eltern. Das war christlichen Eltern zwar schon immer klar, wird ihnen hier aber ausdrücklich als Recht an die Hand gegeben. Auf Leiblicher, geistlicher und gesellschaftlicher Tüchtigkeit jedes einzelnen beruht das Wohl des Staates.

In engster Verbindung mit dieser Forderung steht Artikel 122: „Die Jugend ist gegen . . . stitliche, geistliche oder körperliche Verwahrlosung zu schützen.“ Wir erkliden in der weltlichen Schule mit ihrem Moralunterricht eine Gefährdung der Zukunft unseres Volkes. Und da nach Artikel 135 alle Bewohner des Reiches auch volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genießen, so widersprechen wir uns mit vollem Recht der zwingenden Einführung der religionslosen Einheitschule.

Außerordentlich wichtig erscheint uns ferner Artikel 136: „Die Bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.“ Also kann und katholischen Eltern auch nicht das Recht auf die Erziehung unserer Kinder in unserer katholischen Weltanschauung verweigert oder geschmälert werden. Unsere Zugehörigkeit zum katholischen Glauben beschränkt unsere Rechte durchaus nicht. Darum fordern wir auch unter Hinweis auf diesen Artikel Freiheit in der Erziehung unserer Kinder: katholische Schulen. Kumbegaben haben wir diesen Willen schon zur Genüge immer in ruhiger, wenn auch immer dringender Weise, ausgedrückt. Allein man hat unsere Forderungen nicht beachtet.

Am deutlichsten wird unser Recht auf katholische Bekennerschulen in Artikel 146,2 ausgesprochen, wo es heißt: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“ Die katholischen Eltern Plaueus haben ihren Willen dahin ausgesprochen, daß sie ihre katholischen Schulen hier behalten wollen. Allein gewisse Kreise wollen uns gerade hindern und unterdrücken. Wollt ihr, katholische Eltern, die Seelen eurer Kinder euch entfremden, entziehen, entchristlichen lassen? Es gibt nur einen Weg und eine Wahrheit und die kennen wir: Jesus Christus, der göttliche Kinderfreund. Seid euch eurer Verantwortung bewußt!

Laßt euch nicht weismachen, daß in Zukunft die katholischen Bekennerschulen Sondersteuern von euch verlangen; es ist nur blinder Eifer. Die Verfassung sagt nämlich in Artikel 146: „ . . . Der Unterricht . . . in den Volksschulen ist unentgeltlich.“ Das scheint manchem Vater schier ungläublich, aber es ist wahr.

Auf dem Wege, der euch hier gezeigt worden ist, sollen eure Kinder sich „stetliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des brennenden Volkstums und der Weltverbesserung erwerben“. So fordert es Artikel 148.

Alles in allem: der Geist der christlichen Bekennerschule ist es, der unserem Volke eine geistliche Wiedergeburt, eine stitliche Erneuerung zu schaffen fähig ist. Darum trägt jetzt euren Will dazu bei, indem ihr auf Grund dieses wahrhaft vaterländischen Bedankens die Erhaltung der katholischen Schulen in Plauen fordert.

Ganz unbedeutend — schon aus pädagogischen Gründen, die wir ja auch zu schätzen wissen — ist die Ausübung katholischer Kinder und Klassen mitten im Schuljahre. Das will auch die Reichsverfassung veranlassen, indem sie im Artikel 174 sagt: „Was zum Erlaß eines Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage.“ Und dies ist in Plauen das Vorhandensein unserer zwei katholischen Bekennerschulen. Die katholische Schulkommision.

Plauen, 7. September. Der Schulstreit dauert an; am Montag den 8. September hat derselbe wenigstens in der 1. kathol. Bürgerchule sich noch verschärft. 89 Prozent der Kinder besuchen die Schule nicht. An den Elternrat hier ist folgendes Schreiben, datiert Leipzig den 6. September, gelangt:

„Die am 4. September mit der Vereinigung katholischer Lehrer versammelten Elternräte der vier katholischen Schulen Leipzigs sprechen den um ihre heiligsten Elternrechte kämpfenden Vätern und Müttern Plaueus ihre vollste Sympathie aus, danken ihnen für ihr energisches Vorgehen und bitten um neues Aushalten in dem ausgezwungenen schweren Kampfe bis zur Erreichung der verfassungsmäßigen Rechte. Vom sächsischen Kultusminister fordern wir mit Ihnen die sofortige Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes.“

Der Hauptkernrat der kath. Gemeinden Leipzigs, des. Degenhardt.“

Katholiken, unterstützt die Glaubensgenossen in Plauen im Kampfe um ihre Schule durch Geldmittel, die „das katholische Bekenntnis in Plauen i. V.“ entgegennimmt.

Die Kommunisten-Kontrolle bei den Eisenbahnen

Ein politischer Mitarbeiter schreibt uns zu dem Konflikt, der zwischen dem Reichsverkehrsminister und einem Teile der Eisenbahnbediensteten in Sachen der Transportkontrolle entstanden ist, folgendes:

Das unerhöhte eigenmächtige Vorgehen von unabhängigen und kommunistischen Exzessiv-Eisenbahnarbeitern, welche einen Munitionswagen der Entente aus einem geschlossenen Zuge ausdrängten und den Inhalt des Wagens auf freiem Felde vernichteten, hat uns die Gedanken gezeitigt, in welche wir notwendigerweise durch solche „Rebellenregierung“ nach innen und außen kommen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat, unbedünnt um die Drohungen, mit fester Hand sofort zugeworfen und die unverzügliche Entlassung der beteiligten Eisenbahnarbeiter und ihre strafrechtliche Verfolgung angeordnet. Man darf sich nicht, daß von radikaler Seite dieser Vorgang nun zu einer erneuten Propaganda für den Generalstreik ausgenutzt werden wird. Selbst die Rechtssozialisten rechnen schon damit, sie suchen auch schon vorzubereiten, wenngleich sie es an Seitenhieben gegen den Reichsverkehrsminister und seine Anordnungen auch nicht fehlen lassen.

Der Vorgang selbst bedarf der allerersten Aufmerksamkeit aller Volksteile und nicht zuletzt der Arbeiter selber. Auch der überwiegende Teil der Eisenbahnarbeiter begrüßt es, daß nun endlich einmal Front gemacht werden soll gegen einen brutalen Terrorismus, dem sie selbst allgemach zum Opfer zu fallen drohten. Es geht in der Tat keine Minute mehr länger an wie von Seiten radikaler Elemente alle Maßnahmen der Regierung durch eine sogenannte „Kontrolle“ lahmgelegt und in ihrer Wirkung ausgehehlet werden. Es sind hier radikale und vor allem kommunistische Treiber im Gange, denen, wie schon so oft, die Unabhängigen durch ihr ganzes Verhalten noch Vorschub leisten. Von diesen Stellen aus wird auf zweierlei hingearbeitet: einmal, der deutschen Regierung demnach Schwierigkeiten zu bereiten, daß sie den Kampf dagegen aufgibt und die Ordnungselemente schuldlos preisgibt, und zum zweiten richtet sich das Streben dieser Kreise darauf, ganz bewußt einen Konfliktfall mit der Entente zu schaffen, um Deutschland an die Seite Sowjetrußlands zum Kampfe gegen Frankreich zu drängen.

So empörend und erschütternd zugleich diese Freistellung klingt, sie entspricht leider den Tatsachen. Der Exzessiv-Fall ist ein ganz bewußter Schritt, um einen solchen Konflikt herbeizuführen. Es handelt sich hier um das unverantwortliche, hochverräterische Treiben kommunistischer Agitatoren, von denen einer dieser Tage in Exzessiv erklärte, „man müsse mit allen Mitteln zu einem Krieg mit der Entente treiben“. Diese lauberen Elemente wissen ganz gut, daß wir auf Grund des Friedensvertrages, der ein Recht der Entente auf Verbesserung gewisser Transporte nach Oberschlesien festlegt, verpflichtet sind, solche Transporte durch deutsches Gebiet unangefochten zu lassen. Diese Züge werden konfliktlich gemacht und das war auch unbedeutend im vorliegenden Falle geschehen. Aus einer Störung solcher Transporte oder gar aus der Vernichtung ihres Inhaltes kann die Entente das Recht zu allerhöchsten und das ganze Volk in herbe Mißleidenschaft ziehende Forderungen herleiten. Aber gerade darauf spielen ja die deutschen Kommunisten die Dinge zu. Daß es den bolschewistischen Arbeitern und damit dem Sowjetrußland militärisch in letzter Zeit sehr schadet ergangen ist, hat sie mit Angst und Panik erfüllt. Sie glauben nun alles daran setzen zu müssen, um Deutschland kämpfend an die Seite Sowjetrußlands dadurch zu treiben.

daß der Entente gegenüber ein kriegerischer Konflikt provoziert wird. Das ganze Volk soll und muß es wissen, was hier auf dem Spiele steht!

Man wird es dem Reichsverkehrsminister und der Reichsregierung nur danken können, daß sie mit der allergrößten Schärfe gegen solche Vorgänge sich auflehnen. Es ist ein unerträglich Zustand, daß die Entente, wie sich aus mancherlei Vorkommen der jüngsten Zeit mit Schrecken erkennen läßt, dahin getrieben werden soll, die Regierung und ihre Maßnahmen durch besondere, außerhalb der Verantwortlichkeit stehende „Kontroll“-Anstalten überwacht werden sollen, die sich sogar noch das Recht anmaßen, in solche Regierungsverfügungen selbst-einzugreifen, ja sogar in brutale Eigenmächtigkeit zu handeln. Das ganze Volk hat ein Interesse daran, daß der allem das deutsche Eisenbahn- und Verkehrsweesen, die Schlagader der deutschen Volkswirtschaft, aus dem Kreise solcher Treiberkreise herausgehalten wird. Die Regierung darf sich nun nicht einschüchtern lassen durch eine bestimmt zu erwartende Generalstreikpropaganda, wie durch andere Maßnahmen. Sie muß festbleiben und sie wird dabei die Unterstützung aller besonnenen, Ruhe und Ordnung liebenden Elemente im Volke, nicht zuletzt der des Terrorismus müden Arbeiterschaft und hier zumal des weitans größeren Teiles der Eisenbahnarbeiter selber finden. Nur dann wird es gelingen, der drohenden bolschewistischen Verkehrsblockade zu entgegen, die uns allmählich in ein brutales Elend zu pressen würde.

Die Vereinigung der 26 deutschen Bauernvereine

erläßt an ihre Mitglieder folgenden Aufruf: 1. Die deutschen Bauernvereine bitten die deutschen Bauernvereinsmitglieder, die im Verlaufe entbehrlichen Kartellen zu einem angemessenen Preise an die Konsumenten abzugeben, damit auch die minderbemittelte Bevölkerung in der Lage ist, sich ausreichend mit Kartoffeln einzudecken und die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die in jedem Falle gewisse Nebenangelegenheiten bieten wird, nicht zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führt. 2. Für die Bereinigung des Vertragswesens im Sinne der neuen Reichssteuergeetze müssen die Veranlagungen zum Vertragswesen und die in normalen Zeiten gesuchten Wachspreise als Grundlage dienen. Im übrigen ist es erwünscht, daß die normalen Wachspreise in den einzelnen Kreisen von den Finanzämtern auf diesen Grundlagen nach Anhörung und in Verbindung mit den Landwirtschaftskammern benannten Vertretern der Landwirtschaft festgelegt werden. 3. Im Interesse unserer Volksernährung ist es nicht angängig, daß in Preußen ein Landwirtschaftsminister, dem die Bauernvereine allgemach als einen Gegner ihres Berufsstandes ansehen, länger im Amte verbleibt. 4. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung bzw. der Erhaltung der landwirtschaftlichen Produkte soll in den nächsten Monaten für alle landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide und Milch abgeändert werden. Dieser große Erfolg ist zu einem guten Teile auf die Tätigkeit der deutschen Bauernvereine zurückzuführen. Durch die Erfüllung der Forderung der deutschen Bauernvereine auf Schaffung eines besonderen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und Wegzug dieses Ministeriums mit einem Fachminister, der dem Bauernverein nahesteht, würde die Grundlage für diesen Abbau geschaffen. Allein schon aus diesem Grunde haben die Bauernvereinsmitglieder alle Veranlassung, den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei dem Abbau der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln nach besten Kräften zu unterstützen. Selbstverständlich wird dieser Abbau nicht ohne Nebenangelegenheiten vor sich gehen. Aufgabe der Landwirtschaft muß es sein, diese Nebenangelegenheiten nach Möglichkeit auszuräumen, indem sie möglichst viele Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen auf den Markt bringt. Nach dem Beschlusse des Deutschen Reichstages soll die Zwangswirtschaft bis zum 1. Oktober nur dann aufgehoben werden, wenn bis zum 1. Oktober zwei Millionen Tonnen Brotgetreide in der Hand der Regierung sind. Durch Schaffung einer Ablieferungsämter (Kartoffelablieferung), die bis zum 15. September 150 Markt betragt, ist die frühzeitige Ablieferung für den Landwirt auch finanziell von Nutzen. Aber auch im Interesse unserer gesamten Volksernährung, sowie zur Erreichung des Abbaues der Zwangswirtschaft ist erforderlich, daß trotz aller betriebstechnischen Schwierigkeiten die Landwirte alle Kräfte aufwenden, um möglichst schnell große Getreidemengen abzuliefern. Das ist auch unbedingt notwendig um die Wachspreise an Rohle, zu der wir nach dem Span-Abkommen verpflichtet sind, leisten zu können. Die Bauernvereine bedürfen dafür einer besseren Vorbereitung. Die verhängnisvollen Folgen einer Nichterfüllung des Vertrages müssen unter allen Umständen vermieden werden. Arbeiter und Landwirte müssen hier in der Woche gegen die Entente und für die Rettung des Mutterlandes zusammenstehen. Mögen alle unsere Vereinsmitglieder dafür sorgen, daß sie am 1. Oktober das volle Verzeihen haben: Ich habe meine Pflicht im Interesse des Vaterlandes und der Landwirtschaft erfüllt! 5. Die in Frankfurt versammelten Vertreter der 26 Bauernvereine Deutschlands bitten den Herrn Reichsfinanzminister, den Termin für die Abgabe der Steuererklärungen zum Reichssteuerjahr bis zum 1. Dezember zu verlängern. Da die Richtlinien bis jetzt noch nicht veröffentlicht sind, ist es unmöglich, die bisherige Frist (1. Oktober) einzuhalten, zumal ja auch im Gesetz eine vierwöchentliche Frist nach Bekanntgabe aller Bestimmungen für die Abgabe der Erklärungen vorgesehen ist.

Ratholiten Sachsens! Rüstet zum Zweiten Sächsischen Ratholitentage am 24. bis 26. September 1920 in Leipzig

Die Redner des Zweiten Sächsischen Katholikentages Leipzig

24.—26. September 1920

Ursprünglich war geplant, den Katholikentag mit einer Theateraufführung am 24. September im Kleinen Theater zu eröffnen, und zwar sollte zur Aufführung gelangen das christliche Schauspiel „Graf Sforza“ von unserer einheimischen, bekannten katholischen Schriftstellerin Frau Ilse v. Stach, die mit dem Hiesigen, jetzt nach München als Oberst, Professor bzw. Prof. Dr. Martin Wadernagel verheiratet ist. Leider hat sich die in Pestin und im katholischen Westen geplante Künstlergesellschaft christlicher Schauspieler noch nicht gebildet und müssen wir darum auf diesen künstlerischen Genuß diesmal verzichten. Wie gern hätten wir alle, Katholiken und erst denkende Protestanten, ein wirklich künstlerisches Werk mit christlichem Geist erfüllt, endlich einmal auf der modernen, leider moralisch so tief stehenden Bühne gesehen! Noch ist in unser aller guter Erinnerung das Drama des „H. Joh. v. Nepomuk“ der Frau J. v. Stach das vor einigen Jahren hier in Leipzig soviel Anklang gefunden hat. Frau Prof. Wadernagel von Stach hat in liebevoller Weise übernommen, am 25. September abends für die Begrüßungsfeier den Prolog zu dichten und vorzutragen.

Am 20. werden in der großen öffentlichen Versammlung reden die Herren Geheimrat Martz und Dompropst P. Cohauss S. J.

Wilhelm Martz gehört zu unseren gebiegensten katholischen Politikern. Geboren wurde er am 15. Januar 1863 zu Köln, 1894 wurde er Landrichter in Eberfeld, 1904 Landgerichtsrat in Köln, 1906 ebenda Oberlandesgerichtsrat; seit 1907 ist er in Düsseldorf und leitet von dort aus die wichtige Beweinigung der katholischen Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung. Die Zeitschrift „Schule und Erziehung“, die diese katholische Schulorganisation herausgibt, wird von ihm redigiert. Seit 1900 ist Martz Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, seit 1910 gehört er dem Zentrum im Reichstage an. Auf der Katholikentagsversammlung in Augsburg 1910 war er der 1. Vorsitzende. U. a. schrieb er „Das preussische Gesetz über Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 26. Juli 1906.“ Herr Geheimrat Martz wird am 26. September reden über „Kirche und Erziehung.“ Am 25. September, vormittags 10 Uhr, ist eine besondere Versammlung der katholischen Elternvereinigungen, in der Herr Dr. Martz sprechen wird.

Herr P. Cohauss ist ein Sohn des Rheinlandes. Er gilt als einer der bedeutendsten katholischen Kanzelredner der Zeit. Im Verlag von J. Schnell-Wandorf (Weiss) sind viele seiner Werke erschienen. Vor allem hat sich P. Cohauss mit der Frage der Gebildetenpflege viel beschäftigt. Der gelehrte Vater spricht es, die Probleme, die den heutigen Menschen drücken, geschickt und klar zu behandeln. Wer unter den „Gebildeten“ versucht sich Kuturtag nicht am „Nebenproblem“? P. Cohauss weist uns den rechten Weg und gibt den rechten Schlüssel in diesen schweren Lebensfragen und -räteln. Seine hauptsächlichsten Werke sind:

- Wage und Abwege. Gedanken zum Lebensproblem.
- Nicht und Leben. Erziehungsfreiheit der Menschheit.
- Das moderne Denken.
- Stufe des 20. Jahrhunderts.
- Erlebnis Paulens und seine religiösen Anschauungen.
- Das moderne Entwicklungsproblem im Lichte des Glaubens und der Todsachen.

Der Weihnachts- und die soziale Gefahr.

Seit 1. Juli hat die bekannte Firma Fr. Rufes-Mengensburg in Buchhandlung S. Flugmacher übernommen. Der Leiter dieser Filiale, Herr J. Wittmer, wird während des Katholikentages die genannten Werke zur Ansicht und zum Verkauf auslegen. P. Cohauss wird sprechen über „Kirche und Kultur.“

Katholiken Sachsens! Auf nach Leipzig zum 24.—26. September! Quartiere bestellt rechtzeitig beim Wohnungsamt (Georg Strieder jr., Leipzig-Gutzeit, Theaterstr. 5), Teilnehmerkarten zu 3 M. (Referentier Platz Aufschlag 5 M.) beim Finanzausschuß (Dr. Juc. S. Beckmann, Leipzig, Hospitalstr. 12, Postfachkonto Nr. 62 356).

Zum Schulkampf

erhalten wir von befreundeter Seite nachfolgende Zuschrift: Das Weiterleben auf den Weiden der Schule will innerhalb unserer weit-gründigen Grenzgebiete wie so manches andere schier kein Ende nehmen. Kaum ist es an einer Stelle verschwunden, so flamm es anderwärts wieder auf. Trop Reichsgesetz und Ministerwort versucht man immer wieder, uns die Schule zu nehmen, die uns trotz der Reichsverfassung zusteht.

Wiederum! Für alle möglichen Einrichtungen und Personen läßt man die Freiheit gelten, die vergangenes Jahr in Weimar gewährt wurde, — nur nicht für die Eltern, die die konfessionelle Schule erhalten wollen.

Und so sieht man überall dasselbe Bild: einmal soll Detoden keine katholischen Schulen hergeben, dann ein Ort in der Rauff, keine Plänen. Ist es Schöne der Regierung, die ihrem Rechte überbürgen Nachdruck verleihen kann, oder will man uns durch fortgesetzte Drangsalierungen müde machen, damit wir schließlich gleichgültig werden und nachgeben? Wir wollen allerdings schlecht: Erst unserer Vorläufer, die schon einmal einen Kulturkampf durchgemacht haben, und zwar für und! Auch damals überall ähnliche Schikanen wie heute — alles schon dagewesen. Nun, sagen wir, daß wir in der ähnlichen Lage die gleichen Waffen mit dem gleichen Erfolg zu handhaben wissen: Sammlung aller Gleichgesinnten und Aushalten! Der Auf nach Sammlung kann nicht oft genug erfolgen, so man will der zur Unterstützung der guten Sache. Große öffentliche Kundgebungen gewinnen heute mehr denn je dem Gegner, unsere Wünsche anzurechnen und zu erfüllen. Wenn es darum eine andere Lösung gäbe, als der katholischen Schule wegen einer Zusammenkunft der katholischen Schicksal gerade in diesen Tagen abzuhalten, die Schulkämpfe wäre gerade Grund genug dazu.

Wie auf so manchen früheren deutschen Katholikentagen steht er auf dem Vorabend der Katholikentage im Mittelpunkt der Verhandlungen. Der Hauptredner dazu, Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Martz, ist auf diesem Gebiete ja kein Fremder. Er ist seit Jahren die treibende Kraft der katholischen Bewegung, die die Verteidigung der christlichen Schule auf ihre Fahne geschrieben hat, um vorzubringen und so sammeln für den Schulkampf, den einst Windthorst preislich als das weite Ziel der katholischen Bewegung bezeichnet hat.

Wenn die sächsischen Katholiken doch nicht vereint stünden und bisher so häufig verteilte Leistungen vollbracht haben, so ist dies nicht eigener Übermut, sondern unsere „Sächsischen Volkszeitung“ vor allen Dingen den Vorarbeiten zuzuschreiben, die Dr. Martz mit heltem Vertrauen geleistet hat.

Darum auf, ihr alle, die ihr mit uns die gleichen Sorgen, aber auch die gleichen Ideale habt, die ihr wohnt an Spire und Reife,

an Ebe, Opfer und Saale — auf zum Zweiten Sächsischen Katholikentage am 24. September in Leipzig! Hier wollen wir uns zusammenfinden und aus der Macht des gesprochenen Wortes und am Gefühl der Zusammengehörigkeit von Tausenden Gleichgesinnten neue Kraft und neuen Mut schöpfen zur siegreichen Verteidigung unserer katholischen Schule.

Schafft Brotgetreide

Die letzten Tage haben wieder eine Reihe von Kundgebungen gebracht, die auf die Notwendigkeit einer schnellen Beschaffung von Brotgetreide hinweisen. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, in dem die landwirtschaftlichen Organisationen zusammengefaßt sind, ferner die Vereinigung der 20 deutschen Bauernvereine und ebenso der Reichsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft in der Konferenz der Ernährungsminister haben ihre Stimmen erhoben und die Landwirtschaft aufgerufen, die Getreideablieferung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Man muß nicht anerkennen, daß die beteiligten Stellen mit allem Nachdruck für die Schaffung von Brotgetreide einsetzen und daß namentlich auch die landwirtschaftlichen Organisationen in dieser Richtung sich mit allen Kräften bemühen. Seitdem das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit seinem Hinweis hervorgetreten ist, daß die Ablieferung an Getreide erheblich hinter der Ablieferung von 1918 zurückbleibt, ist die Notwendigkeit einer stärkeren Lieferung in den beteiligten Kreisen und auch in der Tagespresse immer wieder hervorgehoben worden. Es wird sich zeigen müssen, ob nicht bloß die Führer der landwirtschaftlichen Organisationen sich einsetzen, sondern ob die Landwirte dem Rufe ihrer Führer auch folgen. Wenn die Landwirte in ihrer Gesamtheit die Lage erkennen, werden sie sicherlich alles daran setzen, um der Aufforderung ihrer Organisationsleitungen nachzukommen, einmal, weil die deutsche Landwirtschaft jetzt die wichtigste Trägerin der Verantwortung für die Ernährung des Volkes wird und dann weil ihr eigenes Interesse die Erreichung des von ihr angestrebten Zieles, die Ablieferung des Getreides notwendig macht. Es kann der deutschen Landwirtschaft nicht gleichgültig sein und die hat auch oft genug bewiesen, daß es ihr nicht gleichgültig ist, wie es um die Ernährung in Deutschland steht. Sie weiß, daß Ruhe und Ordnung zum guten Teil von der Versorgung mit Lebensmitteln abhängig ist und niemand kann Ruhe und Ordnung bringender vorkommen als sie allein, da Produktion und Abgabefähigkeit von einer ruhigen Entwicklung wesentlich abhängig ist. Es kommt das vaterländische Empfinden hinzu, wie auch die Tatsache, daß von einer besseren Ernährung die Erfüllung des Spaß-Abkommens abhängig ist und damit die Rettung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vor dem Einmarsch der Entente, der jenseits unserer Westgrenze nach wie vor ein allzu brennender Wunsch ist. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, das Abtrage zu tun, um den Vorwand für den Einmarsch zu verhindern. Es ist Sache der Landwirte, an die Seite der Arbeiter zu treten, mit ihnen eine gemeinsame Front zu bilden gegen diejenigen, die nach dem Frieden den Krieg zu gern fortsetzen und das wichtigste deutsche Gebiet belegen möchten. Die Ernährungsfrage wächst unter diesem Gesichtspunkt für eine Frage der nationalen Einheit und einer Aufrechterhaltung von großer nationaler Tragweite. Die innere Wirtschaftspolitik, wie sie von der Landwirtschaft angebracht ist, erfordert die starke Ablieferung nicht minder. Die Brotgetreide-Messerei, die vom Reichstage bis zum Oktober verlangt ist, wenn die Bewirtschaftung des Reiches fallen soll, ist nun einmal eine Notwendigkeit, die zu erfüllen die Landwirtschaft ein natürliches und lebendiges Interesse haben muß, einmal um den Zweck zu erreichen, die Nahrungsmittelversorgung des Reiches loszuwerden, dann aber auch, um sicher zu gehen, daß die Bedienung der Nahrungsmittelwirtschaft die Gesamtwirtschaft nicht beeinträchtigt. Wenn auch noch so viel Schwierigkeiten der Ablieferung entgegenstehen, wenn der Getreideanbau an manchen Stellen auch viel zu wünschen übrig läßt, so werden die Landwirte sich bei harter Überlegung doch sagen, daß ihre Pflicht die Lage richtig beurteilen, wenn sie immer wieder die Notwendigkeit an sie richten, sich mit der Brotgetreideablieferung möglichst zu breiten. Die Zeit drängt! Wenn die vorz. Wochen verfließen sind, die zur Verfügung stehen, wird der Landwirt froh sein, sich sagen zu können, daß er in dieser entscheidenden Zeit seinem Stande und seinem Lande gegenüber seine Pflicht erfüllt hat.

Generalversammlung des Verbandes der Vereine der katholischen Akademiker

In einem abendlichen eindrucksvollen und hochfreudlichen Begegnung für die hohen Ideale des Katholizismus und die unvergänglichen Lehren des Christentums gestaltete sich, wie die „Sächs. Volkszeitung“ berichtet, am Sonntag in den Räumen der Waisenstadt Bonn die Eröffnung der Generalversammlung des Verbandes der Vereine katholischer Akademiker. Die Beteiligung war abends zahlreich aus den verschiedensten Teilen des Reiches, besonders aus dem Rheinlande. Auch Vertreter der katholischen Akademiker aus Holland, aus der Schweiz und aus Oesterreich waren erschienen. Die Tagung wurde eingeleitet durch ein von Weihbischof Dr. Peter Dusberg geleitetes Pontifikat in der prächtigen und kunstreichen St. Elisabethskirche. Ein weiterer Schwerpunkt war der stimmungsvolle und imposante Festakt im großen Saale des Bonner katholischen Bürgervereins. Zahlreiche führende katholische Akademiker, Vertreter des katholischen Klerus und die Mitglieder des Verbandes hatten sich hier versammelt. Auch der Herr Erzbischof Dr. Schulte leitete die Versammlung die Ehre seiner Gegenwart. Sanitätsrat Dr. Bergmann (Ebe) leitete den Bericht. In herzlichen Worten begrüßte den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. Schulte als erster Redner in bereiter Weise seine langjährigen Oberherrschaft über die heutige erhabene Kundgebung des Verbandes und sein kraftvolles Empfinden im Ausdruck, um alsdann in begeisterten und begeisterten Worten ein plastisches Bild des weltüberwiegenden Wertes des Katholizismus vor uns zu entrollen. In gelassenen Ausführungen schilderte er die von tiefem psychologischen Verständnis durchdrungenen Predigten des großen Bollerlehrers, der mit so erstaunlichem Erfolge jene wichtigen Lehren des Christentums lebend, deren Bedeutung allein auch der heutigen Welt Gefahrung und Freude zu bringen vermögen.

Als weitere Redner sprachen Dr. Rosenkranz (Münster) über die Wehrangelegenheiten der katholischen Akademikervereine und Universitätsprofessor Dr. Krebs (Freiburg) über Ursachen der Annäherung an die katholische Kirche in den Kreisen der Intelligenz.

Die russisch-polnischen Kämpfe

Litauischer Heeresbericht

Kowno, 7. September. Nördlich von Suwalki fanden gestern den ganzen Tag Kämpfe statt. Das Dorf Rauf-Grankat ging zweimal von Hand zu Hand. In der Nacht zum 7. September besetzten wir Mianin. Südlich Augustowo besetzten die Polen Apolowka. Dadurch wurden unsere Truppen gewonnen, sich anzuwenden und sich auf die Linie von Helinka zurückzuziehen. Die polnische Rundmeldung, daß unsere Truppen gemeinsam mit den Bolschewiken operieren und daß sich im Süden unserer Truppen Teile der bolschewistischen Armee angeschlossen, ist erfunden.

Polnische Geuel

Kowno, 7. September. Die litauischen Truppen, die gegen die polnischen vorgehen, sind überall mit Begeisterung von der Bevölkerung empfangen worden, die früher unter der polnischen Besatzung zu leiden gehabt hatte. In Augustowo haben die Polen ohne richterliches Urteil 15 angefehene Persönlichkeiten der Stadt erschossen. In Suwalki haben die polnischen Militärbehörden ein Sammellager eingerichtet, in dem die Verhafteten mißhandelt wurden und hungern mußten. Die litauische Regierung sammelt reichliches authentisches Material über die polnischen Ausschreitungen, das dem Völkerbund und allen ausländischen Regierungen unterbreitet werden soll.

Polnischer Heeresbericht vom 6. September

Wir schlagen litauische Angriffe zurück und haben eine litauische Kompanie gefangen genommen, die gegen die polnischen Truppen vorgezogen war. Gestern leiteten wir eine Offensive bei Krubeshow ein, das nach hartem Kampfe genommen wurde, und sind gleichfalls bei Tyslowice vorgezogen. In Galizien sind die verhassten feindlichen Angriffe mit großen Verlusten für den Feind abgeschlagen worden.

Die gegenrevolutionäre Bewegung in Russland

Moskau, 7. September. In Buchara geht ein revolutionärer Umsturz vor sich. Viele Truppen beziehen die wichtigsten Kriegs- und Handelspunkte.

Helingsfors, 7. September. Ein Juntputsch aus Moskau meldet: Die Explosion des Munitionslagers in Wiasma wurde endgültig als eine gegenrevolutionäre Verschwörung aufgedeckt. Von den Angeschuldigten wurden 25 teils zum Tode, teils zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Ausweisung Kamenev und Krassin

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“.) Rotterdam, 8. September. Aus London wird gemeldet, die britische Regierung hat alle Maßnahmen ergriffen, um die russische Handelsabordnung in London auszuweisen. Man nimmt jedoch in Londoner politischen Kreisen an, daß Kamenev und Krassin London schon aus eigenem Willen verlassen werden.

Die Haltung der Polen

London, 7. September. Der „Times“ zufolge belegen Telegramme aus Warschau, Polen sei bereit, seine ursprüngliche Haltung die Klärung des Gebietes von Suwalki durch die litauischen Truppen binnen zehn Tagen zu fordern, aufzugeben. Die polnische Regierung habe sich mit den Alliierten beraten und zeige nunmehr eine maßvolle Haltung.

Paris, 7. September. Die „Chicago Tribune“ aus Warschau meldet, hat Polen den Vorschlag des Generals Wrangel, eine gemeinsame Offensive gegen die Bolschewiken zu unternehmen, abgelehnt. Die Ablehnung hängt damit zusammen, daß die Unterhandlungen in Wiga vor ihrer Wiederaufnahme stehen, was sei auch durch die seitens der Alliierten gegebenen Ratifizierungen Wäufigung hervorgerufen.

Die russisch-finnischen Friedensverhandlungen

Stockholm, 7. September. Nordiska Pressezentrale meldet aus Helsinki vom 6. September: Die Friedensverhandlungen haben während der letzten Tage einen aufstärkenden Verlauf genommen. In der Sitzung der Teritorialkommission am Sonnabend erklärten die Russen, daß sie von ihrer Regierung neue Anweisungen bekommen hätten, laut welchen Forderungen an Finnland anzuheben würde, Russland verzichte auf die unstrittigen Inseln im Finnischen Meerbusen und auf ein Gebiet auf der Karelienschanze, welches aber auf der Forderung, daß Repola und Korhavi abgetreten werden müssen. Die Antwort Finnlands soll spätestens am Dienstag 7 Uhr abends abgegeben werden. Man erwartet, daß die Verhandlung Mittwoch nach Dorpat zurückkehren wird.

Reichshilfe für Oberschlesien

Berlin, 7. September. Die heute vorliegende polnische Presse weist interessante Streiflichter auf die polnische Aufstandsbewegung. „Gazeta Warszawska“ schreibt: Die polnische Politik in Oberschlesien hat eine Aufgabe vor sich, die Recht und Anerkennung verlangt. Man muß sich Rechenschaft darüber geben, daß der Verband rückwärts auf den Versäßer Friedensvertrag stellen muß. Jede Zulassung der Beziehungen mit den Vertretern der Besatzung wäre ein ungesetzlicher Fehler. „Standa Polska“ in Wien erklärt: Das polnische Volk hat einen großen Sieg errufen. Die polnische Bevölkerung hat ein Recht, mehr zu verlangen, aber vorläufig müssen wir uns damit begnügen, was sie schon ausführen läßt. Die Deutschen geben den Plan an, die französischen Truppen zu vertreiben, um sich Oberschlesiens zu bemächtigen, aber sie werden jetzt durch Unruhestiftung zu bereuen suchen, daß die Volksabstimmung, welche sie verschoben mußten, unüberwindlich ist. Sie hoffen, daß das Urteil des Verbandes auf der Unterstützung verschiedener geheimer Faktoren für sie günstig ausfallen wird.

Berlin, 7. Sept. Der Reichskanzler hat an den deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien, Ritter von Gabel, ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß erster das Reichsministerium und das preussische Kabinett in einer gemeinsamen Sitzung über die Mittel und Wege zur Abwehr der Oberschlesien bedrohenden Gefahren beraten haben. Mit Entschlossenheit werden die Regierungen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um der Bevölkerung Oberschlesiens bei ihrem guten und gerechten Kampfe zu helfen. Um der äußeren Bedrohungen zu wehren, die durch den Tod ihres Führers und durch zahllose Gewalttaten über viele Familien heringebrochen ist, haben die Regierungen einen Beitrag von zunächst zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Lage in Oberschlesien

Bon der Lage in Oberschlesien wird gesagt, daß sie anbauern gespannt sei. Die Blätter besprechen gleichzeitig die angeblichen Absichten der Entente, die Abstimmung in Oberschlesien zu verschleppen.

Polnischer Heerebum

Wien, 7. September. Nach einer Meldung aus Soltau soll Polen von der dortigen Bevölkerung sofortige Option für Deutschland oder Polen verlangen, nichtigfalls die gesamte deutsche Bevölkerung ausgewiesen werden soll.

Die Reichssteuererlasse in Oberschlesien

Oppeln, 7. September. Im Gegensatz zu der weitverbreiteten Meinung über die direkten Steuern in Oberschlesien hat die in der alliierten Kommission die Reichssteuererlässe über diese anerkannt, jedoch mit zwei Ausnahmen: Das Gesetz vom 31. Dezember 1919 über das Reichsnotopfer und das Gesetz vom 21. Juni 1920 über die Abgabe von Arbeitseinkommen sind von der Alliierten ausgeschlossen. Alle übrigen sind in Kraft. Die tatsächliche Durchführung mittels der gesetzlichen Zwangsmittel wird bewirkt, nachdem man daran erinnert, daß in Oberschlesien auf Grundlage öffentliche Einnahmen ausschließlich für die öffentlichen Ausgaben des Abstimmungsgebietes bestimmt seien.

Verbotene Zeitungen

Kattowitz, 7. September. Die drei im Verlage von Gwinat erscheinenden Zeitungen „Oberschlesische Morgenzeitung“, „Kattowier Zeitung“ und „Kattowier Tageblatt“ sind neuerlich auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Der englische Gewerkschaftskongress

Amsterdam, 8. Sept. (Reuter.) In Portsmouth wurde am Montag der Gewerkschaftskongress eröffnet. Ausgenommen waren 600 Delegierte, die 8 1/2 Millionen Mitglieder vertreten. Das Unterhausmitglied Thomas als Präsident hielt eine Ansprache, in der er den drohenden Kohlenstreik nicht erwähnte. Der Kongress nahm eine Entschließung an, in der die Freilassung des Bürgermeisters von Cork gefordert wird. Einer Telegramm-Nachricht zufolge entwarf Thomas zu Beginn seiner Rede ein pessimistisches Bild der allgemeinen Lage und sagte: Der europäische Friede kann nur zu Stande kommen, wenn alle Länder, die am Kriege teilgenommen haben, bereit sind, den Vertrag in einem anderen Geiste anzusehen als in demjenigen, in welchem er aufgestellt wurde. Unsere Gegner wissen, daß unser einziges Ziel war, einen Krieg mit Russland zu verhindern. Thomas hob dann hervor, daß das Vorgehen bezüglich

Mittwoch
Auslands
das Recht
wählten, in
hängigste
finanzielle
werde mal
erlebt hab
das indus
sagte Thom
wollen. A
Ausloferun
Kasse ihre g

Laut
konferenz
auf den G
gebietes un
duktion,
metallurgis
mit Arbeit
Deputierte
der von de
vom Minist
wird die S
Fabriken g

Kritik
und Jüdis
Regierung
und verlan
der wegen
aller Ausl

Rom
hättnisse
von dem
beigelegt
nimmt das
sich nach a
Wig-le-Bair

Streit
bereits fur
und Franck
und dem b
an die Sp
des Wieder
Lumbar, u
Zwischenbr
serem Deut
berarin re
Stellung
die allgem
die schon a
schlechte er
bewußten u
ausständig
beratungen
um die pr
Anleis zu
der Banka
haben von

Auf d
distinlion
rumg
stande
falls Deut
Der italie
italienische
machungsst
Konferenz
von Deut
gen sollen

(Eigener
Emm
erke zird
Holland
Niederländ
Rohlin und
haben gelie
Tordaus
70 Millionen
erfolgen.

(Eigener
Lond
melden, daß
Befprechung
habe. Mi
vorher eine
erzleht wer
schlechte ma
etmal die
man Deut

(Eigener
Fürst
London, G
die Einber
erklärte, nu
bund wer

(Eigener
König
Zeitliche W
lischen Vert
Berlin würd

(Eigener
Jena,
wertes hat
wurde aufge
Gandwerler,
iden und b
Kammern un
tages nahm
Verhandlung

(Eigener
Berlin,
ligt sich, wie
ringen e
Es wird be
und ungefahr
werden auf
soll das Bei

Russlands keine Billigung des Räte Systems bezeugt, sondern das Recht des englischen Volkes, seine eigene Regierungsform zu wählen, und stellte weiter die Forderung auf, daß Polens Unabhängigkeit gewahrt bleiben müsse.

Die Lage in Italien

Eugano, 7. Sept. Die geistige Bewegung der Gewerkschaftskonferenzen endete mit der Erklärung, daß ein weiterer Widerstand der Arbeitgeber der Metallindustrie das gesamte Brokariat Italiens auf den Plan führen würde zur Überwindung des Genossenschaftsgebietes und zur Sozialisierung der gesamten Produktion.

Mailand, 7. Sept. Die Arbeiterchaft von Triest, Triest und Friauni hat als Protest gegen das von Italien eingeführte Regime, und Verwaltungsformen den Generalstreik erklärt und verlangt Abschaffung der Kriegsgesetze, Befreiung der wegen politischer Verbrechen Verurteilten und Unterdrückung aller Ausnahmemaßnahmen, die aus der Kriegszeit geblieben sind.

Rom, 8. Sept. Die im Auslande über die italienischen Verhältnisse umlaufenden Gerüchte sind völlig unzutreffend. Absehen von dem Streik in der Metallindustrie, der, wie man hofft, bald beigelegt werden wird, woran auch die Gewerkschaften mitarbeiten, nimmt das Leben seinen gewöhnlichen Gang.

Zur Konferenz in Streja

Streja, 7. September. In der Villa Portonovo begannen, wie bereits kurz berichtet, gestern in Gegenwart von Vertretern Englands und Frankreichs die Beratungen zwischen dem italienischen und dem deutschen Ernährungsminister. Soleri erinnerte an die Spätkonferenz vom 16. Juni und die Pariser Beschlüsse des Wiedergutmachungsausschusses vom 30. August und legte den Umfang und die Ziele der gegenwärtigen Beratung dar, welche die Verwendung des italienischen Anteils an den von der Spätkonferenz Deutschland zugunsten seiner Verpflegung bewilligten Vorräte herabzusetzen sollte, daß den Interessen Deutschlands und Italiens Rechnung getragen wird.

Auf der Konferenz von Streja bemerke in der Generaldiskussion laut "Berliner Lokalanzeiger" der deutsche Ernährungsminister Dr. Herms, daß die Deutschland zugewandene Hilfe bezüglich der Lebensmittelversorgung unzureichend sei, falls Deutschland die Vorräte bereits im Mai zurückzahlen müßte.

Rückzahlung des holländischen Kredits

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Amsterd., 8. Sept. Deutschland wird am 10. September die erste circa 7 Millionen Gulden umfassende Rate an Holland zu demjenigen Kredit zurückzahlen, welcher von der Niederländischen Anleihegesellschaft und ihrer Unterabteilungen für Kohlen und Eisen während des Krieges auf Grund der an Deutschland gelieferten Waren von Seiten Hollands an Deutschland als Darlehen gegeben wurde.

Verchiebung der Genfer Konferenz

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") London, 8. September. Daily Telegraph läßt sich aus Paris melden, daß zwischen der britischen und französischen Regierung eine Verschiebung über die in Genf abzuhaltende Konferenz statgefunden habe. Mitterand wünschte eine Verschiebung, damit vorher eine Verständigung zwischen Frankreich, England und Italien erzielt werden könne.

Zur Völkervereinigung

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Zürich, 8. September. Die Neue Zürcher Zeitung meldet aus London, Cecil hielt in Oxford eine große politische Rede für die Einbeziehung Deutschlands in den Völkerverein und erklärte, nur die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverein werde die Gefahr des Bolschewismus beseitigen.

Der Vertreter Lettlands in Berlin

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Königsberg, 8. September. Aus Riga wird gemeldet, der lettische Minister ernannt Wilhelm Schreiner zum diplomatischen Vertreter Lettlands in Berlin. Der lettische Konsul in Berlin wurde auf seinen Wunsch seines Postens enthoben.

Reichstagung des deutschen Handwerkes

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Jena, 8. September. Die Reichstagung des deutschen Handwerkes hat gestern hier ihren Anfang genommen. Der erste Tag wurde angefüllt durch Beratung der einzelnen Gruppen und der Handwerker, und Gewerkschaften der ostdeutschen, der mitteldeutschen und der niederdeutschen Kammertage, sowie die sächsischen Kammer und der Ausschuss des deutschen Handwerks- und Gewerbetages nahmen in getrennten Sitzungen Stellung zu den verschiedenen Verhandlungsgegenständen der Volltagung.

Eigene Sicherheitsvorkehrungen für Thüringen

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Berlin, 8. September. Der Staatsrat von Thüringen beschließt, wie aus Halle gemeldet wird, mit dem Plane, für Thüringen eine eigene Sicherheitspolizei zu gründen. Sie wird besonders in den Städten Thüringens aufgestellt werden und ungefähr 1000 Mann stark sein. Die Kosten für diese Polizei werden auf 20 Millionen Mark veranschlagt. Der Fünftel davon soll das Reich tragen.

Zur Revision der Besoldungsordnung (Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 7. September. Obwohl Beratungen über die Revision der Besoldungsordnung noch nicht abgeschlossen sind, hat das Reichsfinanzministerium, wie eine Nachrichtenstelle meldet, angedeutet, daß Vorschläge auf die aus der vorläufigen Höchsthöhe sich ergebenden Mehrbeträge im Bedarfsfalle gespart werden dürfen.

Die Diktatur der Eisenbahner

Berlin, 7. September. Wie die "Neue Presse" meldet, wurde gestern früh auf dem Reichsbahn-Industrieplatz zwischen den Oberbahnen und Tempelhof ein Kahn mit 26 Festbänken und 12 Schmicowanen angehalten. Die Festbänker aus dem Reichsbahn-Tempelhof nach Steintin verfrachtet worden, wurden in Steintin angehalten und befinden sich auf dem Wägenparkplatz zum Tempelhof.

Berlin, 7. September. Eine gestern abend abgehaltene Versammlung der Eisenbahnerbetriebsräte Berlins beschloß nach einem Berichte Dr. Kurt Rosenfeld vom Reichskontrollauschuss nach wehrmännlicher Aussprache, sich hinter den am Sonntag veröffentlichten Aufruf der Eisenbahnerorganisation zu stellen. Danach sind sämtliche nach Polen bestimmte militärische Transporte anzuhalten, dagegen die im Friedensdiktat vorgegebenen Transporte frei passieren zu lassen.

Katholische Vereine Sachsens!

Heute gilt es mehr denn je sich zusammenschließen, denn nur Einigkeit macht stark! Auf denn, Männer und Frauen, zum

Zweiten Sächsischen Katholikentag

am 24. bis 26. September in Leipzig

Schriftleiter nicht versicherungspflichtig

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") München, 8. September. Eine grundsätzliche Entscheidung fällt das Versicherungsamt der Stadt München. Der Entscheidung lag die Tatsache zugrunde, daß die Christenlehre München die Schriftleiter der "Münchener Neuesten Nachrichten", die unter einem Jahresgehalt von 16000 Mark haben, als versicherungspflichtig erklärte. Wegen dieser Stellung der Christenlehre München erhoben die Schriftleiter, aber auch der Verlag der "Münchener Neuesten Nachrichten" Beschwerde beim Versicherungsamt der Stadt München. Dieses erklärte, daß Schriftleiter überhaupt versicherungspflichtig sind, sondern zu wehrmännlicher Tätigkeit kommen und daher nach dem Reichsversicherungsamt festgelegten Grundätzen versicherungsfrei sind.

Aus Dresden

Lebensmittelmarkenbefreiung für die Stadt Dresden siehe "Alltägliche Bekanntmachungen".

Obstpreise in Dresden. Die Preisermittlungsstelle Dresden und Umgebung hat in ihrer gestrigen Sitzung festgestellt, daß durch die bisherige Festsetzung von Angemessenheitspreisen ein Mangel an Durchschnittsobst, wie von Seiten des Handels beklagt wurde, nicht eingetreten ist, d. h. daß ihr Bestreben preislenkend zu wirken, von Erfolg begleitet war. Sie erachtet daher auch weiterhin als gegenwärtig angemessene Kleinhandelspreise für Äpfel und Birnen 70-85 Pfg. für das Pfund einwandfreie, zum Wohngebrauch geeignete Handelsware, 80-90 Pfg. für das Pfund minderwertige Äpfel und Birnen, für Äpfel 75-85 Pfg. für das Pfund. Mit Rücksicht darauf, daß namentlich in größtem Umfange die Ernte des Edelobstes eingetretet ist, daß für die angeführten Preise nicht zu beschaffen ist, hat sie für Edelobst und Birnen einen höheren Kleinhandelspreis, nämlich 1 Pfd. bis 1.10 Pfd. für das Pfund für angemessene erachtet. Dabei gelten aber als Edelobst nur die bestimmten, ausdrücklich in der amtlichen Bekanntmachung eingetragenen Sorten, aber auch nur dann, wenn es sich um ausgetrocknete, große, stiellose Früchte von Baumart handelt. Die Einhaltung dieser Preise wird fortlaufend überwacht werden. Die Verbreitung ist mit Verurteilung und Beschlagnahme zu rechnen. Sache der Verbraucher ist es, die Beschränkung dadurch zu unterstützen, daß sie keine höheren Preise zahlen. Was die Pflanzenpreise anlangt, so geht die sächsische Ernte in den nächsten Tagen ihrem Ende entgegen. Ob und inwieweit für den dann notwendig werdenden Bezug außerstädtischer Obst aus andere Preise angemessen sind, unterliegt noch der Prüfung.

An die katholischen Eltern Dresdens

erlassen die Elternräte der acht katholischen Volksschulen einen Aufruf zu einer großen Versammlung, die am kommenden Sonnabend den 11. September abends Punkt 7.30 Uhr im großen Saale des katholischen Gesellenhauses, Käuferstraße 4, stattfindet. Es handelt sich um die Stellungnahme zu dem Schulstreik der katholischen Eltern Plauens. Als Rednerin ist eine katholische Mutter, nämlich Frau Anna Heßlein-Jäger, gewonnen worden. Eingeladen sind die katholischen Eltern und Erziehungsberechtigten, sowie alle Freunde der christlichen Volksschule. Angesichts der großen Wichtigkeit und Wichtigkeit der Sache darf wohl mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß dem im Interaktions der heutigen Nummer veröffentlichten Aufruf die Anhänger der katholischen Schulen in Dresden am Sonntag zahlreich Folge leisten.

Kirchliches

Eine bedeutsame päpstliche Kundgebung an die Frauen

Der Staatssekretär Kardinal Gasparri hat sich im Auftrag des Papstes an den spanischen Frauenbund mit einer Kundgebung gewandt, die geeignet ist, Mißverständnisse, die bisher dort und auch anderswo noch herrschten, zu beseitigen. Kardinal Gasparri richtet der Kardinalstaatssekretär an die Marquise von Anza del Valle einen Brief, die um eine authentische Interpretation eines früheren päpstlichen Handschreibens gebeten hatte. In dieser Interpretation heißt es:

„Einige glaubten aus dem Handschreiben des Papstes die Schlußfolgerung ziehen zu können, daß die Tätigkeit des Frauenbundes nur auf ausschließlich religiöse Werte gerichtet sein solle, besonders auf die Weihe der Familie an das Hl. Herz Jesu. Ich bin heute ermächtigt, zu erklären, daß das nicht die Meinung des Hl. Vaters ist. Wenn der Hl. Vater auf die Pflege des religiösen Familienlebens und auf praktische Betätigung der Religion gedrängt hat, so tat er es in Anbetracht der Anstrengungen der Feinde, im Glauben auszuharren und die Heiligkeit der Sitten zu verberben. Aber da die Feinde selber in Verfolgung ihres teuflischen Zieles ihre Absichten unter der Marke von Wirtschaftsvorbereitungen und Bildungsbestrebungen zu verbergen suchten, so müssen alle, denen etwas am Wohle des Volkes liegt, in die Arena hinaustrreten und die Fahne Christi emporhalten, damit die Feinde entlarvt werden, und das Licht der göttlichen Lehre und das Feuer der Liebe sich ausbreiten nicht bloß beim Individuum sondern auch in der Gesamtheit. Darum wünscht der Hl. Vater, daß der spanische Frauenverein sich nicht nur nicht der katholischen sozialen Aktion enthalte, sondern daß er fortwährend in seiner Organisation und seinen Bemühungen auf dem Gebiete der religiösen und sozialen Tätigkeit unter der Leitung des Episkopats und mit allen Mitteln versuche, in der individuellen und sozialen Frauenwelt den christlichen Geist einzuführen und zu nähren.“

Erzbischof Wörbers Nachfolger

Freiburg, 7. September. Anstelle des verstorbenen Erzbischofs Dr. Wörber ist Generalvikar Dr. Fritz-Freiburg, der seit dem Tode Wörbers die Erzbischöfliche Verwaltung, zum Erzbischof gewählt worden.

Entscheidung der Kräfte aus den Schulen in Halle

In einer Versammlung des Elternrates der katholischen Schule in Halle a. S. wurde einstimmig beschlossen an den Magistrat nachfolgenden Protest einzubringen: „Der Elternrat der katholischen Schule erhebt gegen den Beschluß der Stadtverordneten, die Kräfte aus den katholischen Schulen zu entfernen, schärfsten Protest, da er in diesem Beschluß eine Verletzung der heiligsten Rechte und einen Eingriff in die Rechte der Schule erblickt.“

In der Aula der katholischen Schule in Halle fand eine große Elternversammlung statt. Lehrer Theele referierte mit großer Wärme über das Thema: „Was gebeten wir katholischen Eltern zu tun für Erhaltung unseres größten Kleinodes, des katholischen Glaubens, der uns verbürgt ist in unseren Kindern und deren Samen. Lerner in der katholischen Schule in das Herz unseres Nachwuchses gesenkt werden?“ Der Vortragende wies besonders eingehend darauf hin, daß es sich um einwichtiges Vorgehen der christlichen Schule und besonders der katholischen Schule handelt und daß diese Frage nicht nur eine Familien- und Schulfrage, sondern eine Menschheitsfrage ist, an deren Lösung alle mitarbeiten können, sollen und müssen, weshalb einmütiges, geschlossenes Zusammenstehen der katholischen Eltern mit Geistlichkeit und Lehrschaft unbedingt notwendig ist. Herr Prälat Hedberg richtete einen warmen Appell an die Versammelten, der in nachfolgendem Protest seinen Niederschlag fand: 500 katholische Eltern schrieben sich dem Protest des Elternrates der katholischen Schule einstimmig an.“

Geschäftliches

Man beschuldigt die Nerven oft fälschlicherweise, daß sie vertragen, während es der Blutkreislauf ist, der das Gehirn der Kraft, das Eintreten von Krankheiten verschuldet. Man wird viel leicht einwenden, daß dies doch im Grunde genommen dasselbe bleibt. Das ist gänzlich falsch. In unserem Körper ist eine gewisse Summe Energie aufgespeichert, die wir verbrauchen. Man spricht am besten von elektrischer Energie. Wenn wir also ermüdet und leistungsunfähig werden, dann sind es nicht die Nerven, die versagen, sondern der Vorratstoff des Blutes oder der Nerven ist vermindert oder aufgebraucht. Er kann dem Körper wieder zugeführt werden durch Wohlmut's elektro-galvanischen Apparat. Das macht diesen Apparat so kostbar für Kranke und Gesunde, daß er Körper und Nerven Blut und Seele neue Widerstandskraft zuführt. (Druckschritten durch G. Wohlmut u. Co., A.-G., Dresden-Misfat, Bürgerweise 22.)

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Schriftleiter Paul Heßlein. — Druck und Verlag der „Saxonia-Druckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

Kath. Eltern Dresdens! Die Elternräte der acht kath. Volksschulen Dresdens

laden die Eltern und Erziehungsberechtigten Dresdens, sowie alle Freunde der christlichen Bekenntnisschule zu der

großen Eltern-Versammlung am Sonnabend den 11. Septbr. 1920, abends 7 1/2 Uhr im großen Saale des katholischen Gesellenhauses, Käuferstraße 4, ganz ergebenst ein.

1. Vortragende: Frau Anna Heßlein-Jäger! „Unsere Stellungnahme zu dem Schulstreik der katholischen Eltern Plauens“.

2. Aussprache. Erscheinen aller Eltern. I. A.: Paul Richter, Vorsitzender des kath. Hauptelternrates Dresden. ist erforderlich.

Kolonialwarengeschäft

in kathol. Städtchen Sachsen in jenem hohen Alter des Besitzers zu verpachten.

kleine Wohnung dazu im Hause. Günstige Bedingungen. Ein je Kaufend Markt zur Hebernahme des Baus erforderlich. Offert. unter N. G. 100 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. (1726)

Büsten-Waren eigene Fabrikate für Haus und Gewerbe, empfiehlt Bernhard Häbler, Dresden, Theaterstr. 6. (1720)

Verein kath. Kaufleute, jur. Person, Leipzig.
Mittwoch den 15. September abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokale Hotel „Deutsches Haus“, Königsplatz **außerordentl. General-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Winter-Programms;
2. Festsatzung des Vereinsbeitrages;
3. Ergänzung des Vorstandes;
4. Verschiedenes.

[1708]

Hierzu sind unsere Mitglieder satzungsgemäß einladen. **Der Vorstand.**

Habe mich in **Dresden, Anton-Graff-Straße 24**, Ecke Borsbergstraße, als

Zahnarzt

niedergelassen. Sprechzeit vorläufig nachmittags von 4 bis 7 Uhr.

Dr. med. dent. H. Vogelsang,

[1765]

prakt. Zahnarzt.



Wir haben das Vergnügen, allen kranken und gesunden Menschen die Mitteilung zu machen, daß wir in unserer hiesigen Zentrale

Ausstellungs- und Vorführungsräume

eröffnet haben, in denen unsere weit über die deutschen Grenzen hinaus berühmten

Wohlmutth elektro-galvanischen Apparate für Heilzwecke

ohne jeden Rückschlag zum Auf- und Fortkommen der Allgemeinheit bereit sind und ausprobiert werden können.

Die Wirkung und Erfolge einer elektro-galvanischen Kur mit Wohlmutth-Apparat sind herartig, daß bereits über 22.000 Apparate von deutschen Familien benutzt werden, die von der Wohlfahrt der nützlichen und schmerzlosen

Wohlmutth-Heilmethode

überzeugt sind und dies durch Tausende von Zeugnissen und Dankeschreiben bekräftigen.

Falls Sie vorerst vom Veruche unserer Ausstellung abgehalten sein sollten, dann fordern Sie kostenlos unsere Broschüre V. Dresden-N., im August 1920, Bürgerwiese 22.

W. Wohlmutth & Co., Aktiengesellschaft.

Vorführung täglich von 9 bis 4 Uhr. [1706]

Christmondnacht auf der Sternwiese.

Ein Kindertraum in Vers und Spiel mit alten und neuen Weisen von Carl Engler. [1768]

Verlag: Ant. Böhm u. Sohn in Augsburg.

40. Dresdner Pferde-Ausstellung

Reit- und Fahr-Turnier ev. Auktion

findet statt am 11., 12., 13., 14. September 1920 in Dresden-Seidnitz

Anmeldungen, Programme, Ausschreibungen durch **Comité für die Dresdner Pferde-Ausstellungen Dresden, Johann-Georgen-Allee 6.**

Möblierte Zimmer

für kathol. Studierende der technischen und hierarchischen Hochschule zum 1. Oktober gesucht. Da für das Wintersemester viele kath. Studierende unterzubringen sind, werden zahlreiche Offerten erbeten, umso mehr Abgabe mögl. Zimmer von Stangeinquartierung bereit. Offerten mit Preis sind an Herrn Direktor Petri, Dresden-N., Sedanplatz 4, zu richten. [1768]

Die Wohnungskommission.

Dresdner Kurse vom 8. Sept. 1920

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitz Bank-Verein, Dresden, Prager Straße.

Deutsche Staatspapiere		Brauerei-Aktion	
8 Reichsanleihe	60,75G	3 Jürgens	148,00G
8 1/2 do.	88,25G	18 Erste Kulmbacher	200,25B
4 do.	88,00G	6 Pils-Bräu	148,00B
5 do.	79,25G	Bank-Aktion	
8 Sparprämienanleihe	88,50G	9 Adon-Aktion	158,00G
8 1/2 do. Rente	86,00bG	9 Obm. Bank-Verein	146,00G
Stadt-Anleihen, Pfand- und Hypotheken-Briefe		9 Commerce u. Priv.	160,50G
8 1/2 Dresden von 1874	—	12 Deutsche Bank	—
4 do.	1000/08 92,75bG	9 Dresdner Bank	179,00G
4 do.	1918/11 94,00bG	7 1/2 Löbauer Bank	156,00G
4 Chemnitz v. 1904	87,50G	2 1/2 Sachsenbank	150,25G
4 Lausitzer Pfandbr.	—	Verschiedene Industrie-Aktion	
8 1/2 do.	92,50G	0 Zimmermann	159,50G
8 1/2 Lausitzer Kreditbr.	93,00G	10 H. & A. Escher	208,00G
4 do.	102,00G	10 Faradit	40,00G
Papier- und Photo-Aktion		27 Germania	235,25G
10 Chromo Altenburg	185,00G	16 Großh. Webstuhl	201,00B
12 Krause u. Baumann	879,90G	6 Lauchhammer	44,00G
18 Brosmann	378,75B	13 Sächs. Gußstahl	849,00G
10 Ica, A.-G.	178,90G	8 Hartmann	297,00G
20 Hasseröder Papierf.	254,00G	6 Sendermann & Stier	185,00M
Ver. Bautzner P.-F. 210,00G			

Zweiter Sächsischer Katholikentag in Leipzig am 24., 25. und 26. September 1920 Tagungen:

Sonnabend, den 25. September 1920, Nachmittags 2 1/2 Uhr:

geschlossene Mitglieder-Versammlung

im Blauen Saale des Kristallpalastes mit: Wahl des Präsidiums; Besprechung der vorliegenden Anträge; Beschlussfassung.

Abends 7 1/2 Uhr:

Begrüßungsfeier

im Theateraal des Kristallpalastes, unter Mitwirkung der Kirchenchöre der Leipziger katholischen Gemeinden.

Sonntag, den 26. September 1920,

Vormittags 9 Uhr:

Feierliches Pontificalamt

in der Alberthalle des Kristallpalastes.

Mittags 12 1/2 Uhr:

Oeffentliche Hauptversammlung

in der Alberthalle des Kristallpalastes.

1. Eröffnungsansprache des Präsidenten;
2. Ansprache des hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. theol. Löbmann;
3. Rede des Herrn Geheimrat Marx-Düsseldorf: „Katholische Kirche und Erziehung“;
4. Rede des hochw. Herrn Dompredigers Cohausz S.J.-Breslau: „Katholische Kirche und Kultur“;
5. Vorlegung von Entschliessungen zur Annahme durch die Versammlung;
6. Schlusswort des Präsidenten;
7. Gesang: „Großer Gott wir loben Dich“.

Nebenveranstaltungen:

Freitag, den 24. September 1920,

Abends 7 Uhr: **Katholische Frauentagung** im Theateraal des Kristallpalastes.

1. Frau Ministerialrat Helene Weber-Berlin: „Was fordert die Zeit von der kathol. Frau in der Familie?“
2. Frau Direktor Gäbler, Vorsitzende des Kathol. Frauenbundes Deutschlands, Zweigverein Dresden: „Die Verinnerlichung des kathol. Familienlebens in der Diaspora“.

Sonnabend, den 25. September 1920,

Vormittags 9 Uhr: **Katholische Frauentagung** im Blauen Saal des Kristallpalastes.

1. Fräulein Elisabeth Zillken, Generalsekretärin der Zentrale des Kathol. Fürsorgevereins, Dortmund: „Was fordert die Zeit von der kathol. Frau in der Gemeinde?“
2. Fräulein Gertrud Henker, Lehrerin, Dresden: „Die weibliche kathol. Jugendpflege in Sachsen“.

Vormittags 9 1/2 Uhr: **Schultagung, Versammlung der kathol. Eltern, Lehrer und Schulpflichtigen Sachsens** im Goldenen Saal des Kristallpalastes.

1. Vortrag des Herrn Geheimrat Marx-Düsseldorf;
2. Beratung und Beschlussfassung über schwebende sächsische Schulangelegenheiten.

Mittags 12 Uhr: **Tagung der caritativen Vereine Sachsens** im Entreezimmer des Kristallpalastes.

Nachmittags 2 Uhr: **Bezirksdelegiertentag der kathol. Arbeitervereine (Sitz Berlin),** im Glockenzimmer des Kristallpalastes. 1. Jahresbericht; 2. Bezirksvorstandsergänzungswahl; 3. Anträge; 4. Geschäftliches.

Sonntag, den 26. September 1920,

Vormittags 11 Uhr: **Delegiertentagung des Kreuzbündnisses** im Entreezimmer des Kristallpalastes.

Abends 6 Uhr: **Diözesanversammlung des Kreuzbündnisses** im Volkswohlheim, Löhrstraße 7, Nähe Hauptbahnhof.

Verband der kathol. kaufm. Vereinigungen im Hotel „Deutsches Haus“, großer Saal, Königsplatz.

Vereinigung kathol. Lehrer Leipzigs im Hotel Fröhlich, Wintergartenstraße 14, gegenüber dem Kristallpalast.

Diözesanverband der kathol. Jünglingsvereine im Vincentiusstift in Reudnitz.

Abends 7 Uhr: **Kathol. Gesellenverein** im Gesellenhaus, Wiesenstr. 23.

C.V. (Kathol. Studentenverbindungen) Kommerz im Künstlerhaus, Dosestraße.

Abends 8 Uhr: **K.V. (Kathol. Studentenvereine)** Kommerz im Thüringer Hof (Wagner-Zimmer), Burgstraße.

Unitasverband (Unitas-Studenten-Vereine) im Hotel „Deutsches Haus“, Königsplatz.

Montag, den 27. September 1920,

Vormittags 9 Uhr: **Gemeinsame Präsidial-Versammlung des Verbandes der kathol. Arbeitervereine (Sitz Berlin) und des Verbandes erwerbstätiger Frauen und Mädchen (Sitz Berlin)** im Gesellenhaus, Wiesenstr. 23.

Vormittags 10 Uhr: **Präsidial-Versammlung des Diözesan-Verbandes der Jünglingsvereine** im Pfarrhause, Rudolfsstr. 3, Erdgeschoss.

Vormittags 11 Uhr: **Tagung der Delegierten der sächs. Ortsgruppen des Volksvereins für das kathol. Deutschland** im Gesellenhaus, Wiesenstraße 23.

Sie finanz...

zwischen
 (Schluß der Rede)
 Reichsfinanzminister
 katholische Kirche b.
 neuen Gulden jährli
 nicht, so belieben sich
 gütig, das auch aus
 Jahre 1890 auf 875 G
 gütig habe ich in mei
 berg auf 41 Millio
 stehend, auf 14 Mill
 überwiegen wurden, b
 wa; all dies ohne
 Hände, oder umgesch
 1892-1899. Nach d
 schlungen war damala
 Schuldmaß zu veransch
 Stand des Geldes, b
 gezogenen Grundstücke
 zu hoch bewertet. W
 Die alte württemberg
 nicht die Vorherrschaft
 Die katholische
 ligen Bedürfnisse, wo
 die vorhandenen nicht
 höheren Verhältnissen
 gemessenen Kirchenfor
 vom Staatgut und b
 mangelnde wird auf
 württembergischen Kir
 geleist werden.“
 Diese Verfassung
 mäßigungen u. a. aus g
 selbster Finanzminister
 zur Befreiung der Kir
 und es auf katholische
 Unabhängig und
 jede des sogenannten
 folgen. Bei den ver
 Kirchenvermögens wac
 1894 beantragt, ein
 1895 wurde am 22.
 hoch nicht Staatsgut,
 in Württemberg“ sei
 Sitzung vom 6. Juli
 der Auscheidung des
 schweres Unrecht wies
 lie ist auf das Ding
 Säkularisation in alle
 daß alsdann eine Kom
 Volkswirtschaftler und
 Material gesammelt, s
 hunderte Jahren sind
 keine aber erumpelt
 mühsam und hofflo
 kann.
 Wenn ich somit
 die Reichsverfassung in
 die abzuschließen (s. a.)
 urchaltung der Domk
 Anstalt, b) Zuschüsse
 d) Zuschüsse zu Kirche
 dieser Summen muß g
 befristet werden.
 Von den bishe
 tes die bedeutsamsten
 Zuschüsse zu Pfarr
 Weisungen des
 1908 in Preußen 75 P
 25 Prozent, in Baden
 auf 10 und 65 Prozen
 Proze erstüchlich. Auf
 katholische Deut
 taufen in g
 lehrer Stunde eine
 htaus bitter rächen
 Wirtsgeldner in Pre
 für den Klerus finan
 der Schiffe, Klerus u
 Verzicht in den deut
 Trennung von Kirche
 Recht eine Gasse mad
 „Es handelt sich
 Klerus, sondern um e
 Katholizismus i
 Söhne und Brüder, b
 auskommen; sie habe
 et häufig nicht konve
 viel sein Stand so
 berechtigt aber stellt
 forderungen, wie an
 für ein Stand, der
 Klerus stammt nicht
 hing Opfern, damit
 Kleriker hat eine tägl
 er kann im ersten
 schlingen; die Terro
 wütlich; Better“ lebe
 schlingen. Aber d
 mit vorzüglich für d
 katholische Prediger
 la hat er auch Bes
 unerschütterliche Be
 hat sich gesehen. W
 Wie schließliche w
 blanke, daß unser
 höhere Stelle betrie
 Feldern, Prebter u
 Misset hat der K
 ist als Mitglied der
 die Klerik und in der
 Klerikale B. handlu
 noch von anführt, v
 „Eine Forderung
 in Preußen und ents
 zu erfüllen habe, daß
 Klerikale unbeding
 11. 9. 1911 mit
 Klerikale der preuß
 hat am 1. März 189
 Klerikale schme
 Klerikale im G
 Klerikale soll und w

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 206

Mittwoch den 8. September 1920

19. Jahrg.

Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche

(Schluß der Rede des Reichsfinanzministers a. D. Erzberger.)

Reichsfinanzminister a. D. Erzberger führte weiter aus: Die katholische Kirche bezog im Jahre 1902 im alten Reich über 21 Millionen Gulden jährliche Einkünfte. Das Württemberg spritzte beinahe, so betrafen sich die Einkünfte des protestantischen Kirchenstaats, das auch aus ursprünglich katholischen Vermögen stammt, im Jahre 1800 auf 875 000 Gulden. Die Höhe des katholischen Kirchenstaats habe ich in meinem Bericht über die Säkularisation in Württemberg auf 41 Millionen Gulden dem württembergischen Staat zurechnend, auf 14 Millionen Gulden, die an Fürsten und Reichsgroßen überwiehen wurden, berechnet, also insgesamt auf 55 Millionen Gulden; all dies ohne Zinsen, Einrichtung, Rente- und Belegungsgebühren, ohne umgerechnet 71 resp. 98 Millionen Gulden der Jahre 1802-1809. Nach den von mir 1902 vorgelegten eingehenden Feststellungen war damals der Kapitalwert auf mindestens 300 Millionen Gulden zu veranschlagen, eine Summe, die ich nach dem heutigen Stand des Geldes, besonders angesichts der Verteilung der eingezogenen Grundstücke und Wälder mit 3000 Millionen Mark nicht zu hoch bewerte. Was sollte nun mit diesem Kirchengut geschehen? Die alte württembergische Verfassung vom 25. September 1819 enthielt die Vorschrift:

„Die katholische Kirche erhält zur Befriedigung derjenigen kirchlichen Bedürfnisse, wozu keine kirchlichen Fonds vorhanden sind oder die vorhandenen nicht zureichen, und besonders für die Kosten der geistlichen Beamteten, einen eigenen, diesen Fonds ausdrücklich bestimmten Kirchenfonds. Zum Behufe der Ausdehnung derselben von Staatsgut und der näheren Bestimmung der künftigen Verwaltungswirtschaft wird auf die gleiche Art, wie oben (§ 77) bei dem allwürttembergischen Kirchengut festgesetzt ist, eine Kommission niedergesetzt.“

Diese Verfassungsbestimmung blieb 100 Jahre trotz mancher Veränderungen unausgeführt, vielleicht auch deshalb, weil, wie der jetzige Finanzminister wieder darlegte, das protestantische Kirchengut zur Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse nicht ausreichte, während es auf katholischer Seite reichlich ausgereicht hätte.

Unabhängig und schon vor dieser Ausdehnung hat die Rückgabe des sogenannten Interlatarfonds an die Diözesen zu erfolgen. Bei den verschiedenen Bemühungen um Ausdehnung des Kirchengutes wurde auch eine Kommission der Stände im Jahre 1824 beauftragt, ein Gutachten über den Interlatarfonds abzugeben. Dieses wurde am 22. Juni 1824 fertig, erließ, daß der Interlatarfonds nicht Staatsgut, sondern Privatvermögen der katholischen Kirche in Württemberg sei. Die Abgeordneten kamen trat in ihrer 77. Sitzung vom 6. Juli 1824 dieser Ansicht bei. Württemberg hat bei der Ausdehnung des Kirchengutes ein Jahrhundert altes schweres Unrecht wieder gutzumachen. Im Interesse der Gerechtigkeit ist auf das Dringende zu wünschen, daß die Rechtsquellen der Säkularisation in allen Ländern vollkommen hergestellt werden, und daß alsdann eine Kommission, bestehend aus einem Historiker, einem Volkswirtschaftler und einem Juristen berufen würde, damit alles Material gesammelt, geordnet und verarbeitet wird. Vor mehr als hundert Jahren sind die katholischen Deutschlands von der Säkularisation überzogen worden; sie zahlen dies fürchtbar teuer. Ich wünsche und hoffe, daß diese Katastrophe sich nicht wiederholen kann.

Wenn ich somit die Rechtsquellen der Säkularisation und die die Reichsverfassung im einzelnen verfolge, so komme ich zu folgenden **Staatsleistungen**,

die abzulösen sind: a) Unterhaltung des bischöflichen Stuhles, b) Unterhaltung der Domkapitel, c) Unterhaltung der Seminarien und Anstalten, d) Zuschüsse zu den Pfarrergelütern und Pfarrverwaltern, e) Zuschüsse zu Kirchen- und Pfarrhausbauten. Bei der Berechnung dieser Summen muß auch der außerordentliche Mehraufwand der Zukunft berücksichtigt werden.

Von den bisherigen Staatsleistungen für die Kirche sind zweifellos die bedeutendsten die, welche für Pfarrergelütern und Zuschüsse zu Pfarrergelütern gezahlt worden sind. Von den Staatsleistungen des Staates an kirchlichen Ausgaben betragen diese 1908 in Preußen 75 Prozent, in Bayern 80 Prozent, in Württemberg 75 Prozent, in Baden 60 Prozent. Inwieweit ist dieser Prozentsatz auf 90 und 95 Prozent gestiegen. Daraus ist die Wichtigkeit dieser Frage ersichtlich. Auf dem Gebiete der Pfarrergelütern hat leider das katholische Deutschland selbst eine schwere Unterlassungssünde zu beklagen, die sich jetzt, wenn nicht noch in letzter Stunde eine Besserung eintritt, auf Jahre und Jahrzehnte hinaus bitter rächen wird. Ich habe angesichts der Neuordnung der Pfarrergelütern in Preußen bereits im Jahre 1908 diese nicht nur für den Klerus finanziell hochbedeutende Frage aufgegriffen in meinem Schrift „Klerus und Gehaltsfrage“, die ich als „Eriträge zur Verbilligung des deutschen Bundesstaats“ bezeichnete. Ich sah die Trennung von Kirche und Staat kommen und wollte beizeiten dem Recht eine Gasse machen. Damals führte ich aus:

„Es handelt sich hier nicht nur um eine Sonderfrage für den Klerus, sondern um eine Frage für den gesamten deutschen Katholizismus in materieller und kultureller Hinsicht. Unsere Kirche und Priester, die geistlich werden, müssen mit wenigen Mitteln auskommen; sie haben keinen Wohlstand, sie sind geistlich und werden ein wenig nicht können; denn unter sämtlichen Akademikern ist material kein Stand so schlecht gestellt, wie der katholische Klerus. Anwerbschein aber stellt die Allgemeinheit an keinen Stand so viele Anforderungen, wie an diesen der Priesterstand ist auch in dieser Hinsicht ein Stand, der Opfer bringen muß. Die Masse des katholischen Klerus stammt nicht aus vermögenden Kreisen; die ganze Familie bringt Opfer, damit das hohe Ziel erreicht wird. Mancher junge Schüler hat eine tüchtige Portion Schulden auf dem Rücken. Er kann im ersten Anlauf des Priesterstandes kaum die Kosten bezahlen; die Verwandtschaft muß noch mit beitragen, damit der geistlich Vetter leben kann. Ich spreche hier auf Grund vielfacher Erfahrungen. Aber ein solcher Zustand ist unendlich für den Klerus und unendlich für das katholische Deutschland. Der junge protestantische Prediger stellt sich wesentlich besser; kaum ist er ordiniert, hat er auch Bezüge, mit denen sich auskommen läßt. Für die unterirdische Behandlung läßt sich auch nicht ein stichhaltiger Grund herbeiführen. Niemand wird behaupten wollen, daß der katholische Geistliche weniger Arbeit hat als der protestantische; Tatsache ist vielmehr, daß unser Klerus allein beim Religionsunterricht in viel höherer Weise beteiligt ist, als der protestantische; vom Messen, Predigen, Beerdigen usw. will ich gar nicht reden. Sonst aber enthält bei der Befreiung der Schüler gerade die Arbeitssache, wie ich als Mitglied der Untersuchungskommission in Erfahrung gebracht habe. In Ruhe und in der Stellung liegt somit gar kein Grund für eine Unterdrückung der Handlung. Auch die Ausbildungsstellen, die man sonst noch auszufüllen, wirtschaftlich eine solche nicht.“

Meine Forderung ging schon 1908 dahin, daß die Neuordnung in Preußen und entsprechend auch in den anderen Bundesstaaten so zu erfolgen habe, daß die katholischen Geistlichen in allen Bundesstaaten mindestens den protestantischen Geistlichen gleichgestellt würden. Ich konnte klammern auf die Forderung, welche der protestantische Episkopat gegenüber dem Kultusminister am 1. März 1908 dahin vertreten hatte: „Es wird die katholische Geistliche schmerzlich bedauern, daß die von ihr erhoffte Gleichstellung im Einkommen mit den evangelischen Geistlichen nicht eintreten soll und wird daher auf dieser Seite keine volle Befriedigung erreicht werden können.“ Ich berechnete damals (1908) den Unterschied zwischen den Bezügen eines katholischen und eines protestantischen Pfarrers in 35 Dienstjahren auf 35 000 Goldmark. Der jährliche Durchschnittsgehalt in 35 Dienstjahren war 1908:

für einen protestantischen Pfarrer		für einen kath. Pfarrer	
in Preußen	8514,29 M.	2757,14 Mark	
in Bayern	8161,71 M.	8161,71 Mark	
in Württemberg	8734,28 M. (2. Kl.)	2905,98 Mark	
in Elsaß-Loth.	8885,71 M.	1064,28 Mark	

Jeder Kommentar zu diesen Zahlen ist überflüssig. Heute ist dieses Mißverhältnis noch größer. Als Einwände gegen die Gleichstellung hat man mir im Jahre 1908 von manchen Seiten, von denen ich es nicht vermutet hätte, folgendes entgegengebracht:

1. Es ist nicht zuträglich, wenn die Bezüge des katholischen Klerus so hoch wären. — Ich vertrat demgegenüber die Auffassung, daß es den einzelnen Geistlichen überlassen bleiben müßte, wie es seine Einkünfte verwenden, daß ich aber auch glaube, daß, wenn die Gleichstellung erfolgte, irgend welche nachteiligen Folgen für den katholischen Klerus auch für das katholische Volk nachteilig sei, wenn der Klerus verarmt bestände, in Schulen leugte und keine Mittel zur Verfügung habe, um notwendige caritative und kulturelle Zwecke unterstützen zu können.

2. Der katholische Geistliche sei unverheiratet und könne daher mit weniger Einnahmen durchkommen. Diesen Einwand habe ich immer und jederzeit abgelehnt. Denn der Staat hatte bis dahin nach den persönlichen Verhältnissen der Beamten überhaupt nicht gefragt. Ich halte es aber auch sozial für falsch, bei den Gehaltsbezügen zwischen Verheirateten und Nichtverheirateten zu unterscheiden. Als Reichsfinanzminister habe ich mit dieser oft beliebigen Theorie verstanden. Ich habe bei vollweirtschaftlich richtigerem Auffassung zum Siege verstanden, daß die Familie einschleudert sei. Das neue Reichsbevollmächtigtes bringt daher mit Recht keine Scheidung zwischen Verheirateten und Nichtverheirateten, wohl aber die Berücksichtigung der Kinderzahl. Es ist mir gelungen, auch gegen den Widerstand der Beamtenorganisationen, die Kinderzulage in das Bezahlungsgesetz aufzunehmen. Damit ist eine neue Bahn für die gesamte Gehaltsregelung beschritten, eine Bahn, die eben nicht mehr unterscheidet zwischen Verheirateten und Nichtverheirateten. Die Konsequenzen daraus müssen nach meinem Dafürhalten auch für die katholischen Geistlichen alsbald und überall gezogen werden.

Ein dritter Einwand, der mir entgegentrat, war der, daß, wenn die Gleichstellung erfolge, die Staatsausgaben erhöht werden müßten und dann werde der Staat darauf hinwirken, daß man katholischerseits weniger Kirchensteuer bezahle als auf der anderen Seite. — Dieser Einwand ist in doppelter Hinsicht nicht stichhaltig: Einmal hat der Staat durch die Säkularisation des katholischen Kirchengutes weit größeren Vermögens dem katholischen Volkteil wegenommen als den protestantischen und zwar sogar zugunsten des letzteren. Sodann sind die Kirchensteuern katholischerseits vielfach nicht hinter denen protestantischerseits zurückgeblieben. In Berlin zum Beispiel zahlen die Katholiken 20 Prozent von der Staatseinkommensteuer als Kirchensteuer. Endlich darf man nicht nur die Anwesenheitsleistungen der katholischen Kirchensteuern in Betracht ziehen, sondern die Gesamtleistungen. Wenn ich diese betrachte, so wird mir niemand widersprechen, wenn ich sage, daß die durchschnittliche Kopfleistung des Katholiken für die Kirche und kirchliche Zwecke in Deutschland — seien es nun freiwillige Leistungen oder Kirchensteuern — erheblich höher ist als die Leistung der Protestanten.

4. Man hört sagen, daß die Katholiken mehr Geistliche hätten als die Protestanten, und daß sie vielfach kleine Pfarren seien noch hätten, bei einer Gleichstellung im Gehalt also besser wegkommen würden. Dieser Einwand ist am allerwenigsten begründet, denn einmal hat der katholische Volksteil durch die Säkularisation dem Staate einseitig Millionensummen übergeben müssen. Sodann entscheidet über die Zahl der Pfarren das religiöse Bedürfnis des Volkes. Kein katholischer Pfarrer — auch nicht der in der kleinen Gemeinde — ist ein Luxus; er hat mehr Arbeit als mancher protestantische Prediger in der Stadt. Dann würde man durch eine Zusammenlegung kleiner Pfarren nur das katholische Volk kränken und zwar das in abgelegenen Gegenden am meisten. Wenn man Schulen für 25 Kinder in einem Dorfe neu errichtet, muß man alle Pfarren mindestens erhalten. Die Zusammenlegung würde dem Volksganzen schweren Schaden bringen und wäre auch nicht mehr rückgängig zu machen. Die katholischen Geistlichen können vom Staate nicht schlechter behandelt werden, weil das katholische Volk ein lebhaftes religiöses Bedürfnis hat. Alle die bisher beliebten Einwendungen gegen die Gleichstellung des katholischen Geistlichen mit den protestantischen sind nichtig. In einem Rechte kann man doch die Konsequenz gezogen werden, und zwar nach meinem Dafürhalten noch vor der Ablösung der Staatsleistungen. Das württembergische Pfarrergelüterngesetz vom 31. Mai 1920 geht in seinem Artikel 2 leider dieser Forderung Weg nicht. In diesem Jahre werden zur Verbesserung des Dienstverhältnisses der katholischen Geistlichen 44 Prozent des Aufwandes bewilligt, der den Protestanten zufließt. Im einzelnen aber wird die Gehaltsregelung durch den katholischen Kirchenrat im Einkommen mit den bischöflichen Ordinariats vollzogen. Es ist mir nicht bekannt geworden, ob diese Regelung schon definitiv vollzogen worden ist. Soweit ich weiß, werden die protestantischen Pfarrer in der 10. Gehaltsgruppe mit einem Grundgehalte von 8400 bis 12 600 Mark nach allen gesetzlichen Zulagen (Ordnungszulagen, Teuerungszulagen, Kinderzulagen) untergebracht, in der Gruppe der Regierungsräte und Oberamtsrichter. Es muß unter allen Umständen verlangt werden, daß die katholischen Geistlichen in derselben Klasse eingereiht werden und daß, soweit das Einkommenseinkommen nicht ausreicht, Staatszuschüsse gegeben werden. Das kann um so mehr verlangt werden, als der Staat für die Hinterbliebenen der protestantischen Prediger große Ausgaben zu leisten hat, was auf katholischer Seite wegfällt.

Ich bin mir klar darüber, daß die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles aus naheliegenden Gründen nicht von der Geistlichkeit selbst und allein einzuleiten und durchgeführt werden können. Ich habe das im Jahre 1908 in meiner Schrift bereits zum Ausdruck gebracht:

„Das katholische Volk sollte entschlossen und unabhänglich auf Befreiung dieser unchristlichen Behandlung hinarbeiten, auch in öffentlichen Versammlungen, bei großen und kleinen Katholikentagen. Die Hauptarbeit zur Befreiung dieser Gehaltsungleichheit muß durch die Laien, durch das Volk, durch die Redner in Volksversammlungen geschehen.“

Diesen Satz möchte ich heute mit allem Nachdruck wiederholen. Jetzt, wo wir im parlamentarischen Staat leben und wo in allen größeren deutschen Ländern Parteiparlamente in der Regierung sind, muß diese Forderung der Parität durchgeführt werden. Ich habe als Reichsfinanzminister durch die Bezahlungsgesetzgebung die Wege gezeigt und das Prinzip aufgestellt: Man darf nicht warten bis zur Ablösung der Staatsleistungen, weil sonst ein großer Nachteil für die Katholiken zu befürchten ist. Die Gleichstellung im Gehalt ist keine Frage, die den Klerus allein angeht, sondern es ist eine Frage der Parität und eine Kulturforderung für das ganze katholische Deutschland. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß die zuständigen Stellen die notwendigen Schritte alsbald abzuwickeln werden. Erst wenn wirkliche Parität unter den beiden Konfessionen hergestellt ist, kann die Ablösung in greulichem Sinne vor sich gehen.

Sodann ans der Verantwortung für die Kulturarbeit der Gegenwart, und nun noch ein Wort über die Zukunft. Wie werden sich die Verhältnisse gestalten, wenn die Gleichstellung vollzogen ist und die Kirche ihr Vermögen selbstständig verwaltet? Hat die Kirche auch dann genügend Freiheit und Aussicht, ihre Aufgaben erfüllen zu können? Bei der großen Neuordnung der Reichsfinanzen habe ich an diese Frage auch gedacht und sie bereits abgelehnt abgelehnt.

Zunächst ist gewöhnlich das Recht der Kirche auf die Erhebung von Steuern. Artikel 13 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 besagt: „Die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sind berechtigt, Zuschläge zu den Reichssteuern zu erheben, die an die Stelle der bisherigen Landes- oder Gemeindesteuern getreten sind.“

Die Kirchensteuern sind bisher fast durchweg in Form von Zuschlägen zu den Einkommensteuern erhoben worden. Man darf in Zukunft weder das Land noch die Gemeinde einen Zuschlag zu den Reichseinkommensteuern erheben, auch keine andere Körperschaft darf diesen Weg gehen, wohl aber ist in dem genannten Artikel 13 bestimmt, daß die Religionsgesellschaften das Recht haben, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben. Wie weit von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, ist Sache der Disziplinverwaltung.

Bei der völligen Trennung von Staat und Kirche war zu befürchten, daß die Religionsgesellschaften wohl solche Steuern künftig ausüben könnten, daß aber die Erhebung der Steuern praktisch zur Unmöglichkeit wäre; denn die Kirche kann nicht besondere Steuerlisten anlegen, sie kann nicht besondere Steuererheber anstellen, zumal nach der Reichsverfassung niemand mehr verpflichtet ist, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Um den Einzug der Kirchensteuer aber zu sichern, habe ich in Artikel 19 der Reichsbevollmächtigten vorge schlagen und die Nationalversammlung hat zugestimmt. Auf Antrag der zuständigen Stelle hat das Reichsfinanzministerium den Landesfinanzministern und den Finanzministern die Vereinbarung anderer öffentlich-rechtlicher Abgaben, insbesondere von Kirchensteuern zu übertragen.

Darin liegt eine wesentliche Erleichterung für die Religionsgesellschaften. Die Vorschrift ist obligatorisch, das heißt wenn der Bischof einer Diözese beim Reichsfinanzministerium beantragt, daß die Kirchensteuern bei den Finanzministern beantragt und erhoben werden sollen, so muß das Reichsfinanzministerium diesem Antrag entsprechen. Es ist nicht in der Lage, ihn abzulehnen. Damit ist der Einzug der Kirchensteuern gesichert. Es steht also für die Zukunft nicht nur das Recht der Religionsgesellschaften auf Erhebung der Steuern fest, sondern die Reichssteuerverwaltung muß für die Erhebung der Kirchensteuern sich zur Verfügung stellen.

Was nun die Besteuerung des Kirchenervermögens betrifft, so ist das Kirchenervermögen beim Reichsminister und bei einer Reihe weiterer Steuern von jeder Abgabe befreit. Dagegen wurde beim Körperschaftsteuergesetz auch das kirchliche Vermögen herangezogen. Das geschieht jedoch angesichts der Finanzlage des Reiches in einem Umfang, der als erträglich bezeichnet werden kann. Was an kirchlichem Einkommen jährlich zu versteuern ist, fällt unter das Körperschaftsteuergesetz vom 30. März 1920. Der Steuerbetrag ist ein einheitlicher und beträgt 10 Prozent. Hierin liegt ein unermessliches Entgegenkommen, wenn man bedenkt, daß die allgemaine Reichseinkommensteuer bereits bei 1500 Mark jährlichem Einkommen mit 10 Prozent beginnt und bis zu 60 Prozent steigt. Das Kirchenervermögen zahlt nur 10 Prozent, unbedeutend um seine Höhe. Freilich von der Körperschaftsteuer sind nach Artikel 2, Ziffer 4 inländische Personvereinigungen und Zweckverbände, die nach der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung ausschließlich gemeinnützigen oder wirtschaftlichen Zwecken dienen, wobei die Gemeinnützigkeit nicht ausgeschlossen ist, wenn die Einkünfte nach der Satzung oder sonstigen Verfassung mit höchstens 5 vom Hundert versteuert werden.“

Es ist aber auch Artikel 6, Absatz 1, 2 und 3 zu beachten. Hierin unterscheidet die Körperschaftsteuer nicht die Einkünfte

1. bei den Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und Zweckverbänden des öffentlichen Rechts, die Einkünfte der Unternehmungen, die vornehmlich im öffentlichen Interesse betrieben werden, sowie der Kapitalwert der Grundstücke, Gebäude und beweglichen Sachen, die der Verwaltung oder sonstigen öffentlichen oder gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen oder deren Nutzung Bestandteil einer Befolgung bildet, bei den öffentlichen Staatsfonds (§ 3 Nr. 1, Abs. 1, 2 des Kapitalertragssteuergesetzes), bei Personvereinigungen und deren Verbänden (§ 4 Abs. 2) der Teil der Einkünfte, der auf den eigentlichen Sparfunktionsverfall entfällt.

2. bei den inländischen Kirchen und öffentlichen rechtlichen kirchlichen Körperschaften und Anstalten und den sonstigen kirchlichen Zwecken dienenden rechtlichen und nicht rechtlichen Personvereinigungen, Anstalten, Stiftungen oder Zweckverbänden die für diese Zwecke laufend oder sonst unmittelbar oder mittelbar einfließen; das gleiche gilt von den Einkünften, die für Zwecke der Bauunterhaltung, der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Pensionsversorgung, sowie für Ausbildung der Geistlichen und für Bestattungsvorsorge bestimmt sind, ferner für die Einkünfte der Kirchenbauvereine, Kirchen-, Gemeindegeld- und Pfarrhausbauvereine, sowie einmalige Vermögenszuflüsse gelegentlich der Auseinandersetzung zwischen Laien und Religionsgesellschaften. Den Kirchen stehen die sonstigen als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannten inländischen Religionsgesellschaften, ihre wesentlichen Zwecke den kirchlichen Zwecken gleich.

3. Die Einkünfte der Personvereinigungen und Zweckverbänden, die nach der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung ausschließlich gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken zugewandt werden.“

Daraus ergibt sich, daß alle Einnahmen, auch die Zinseneinnahmen der Kirchenbauvereine, Kirchen- und Pfarrhausbauvereine, Personvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und Zweckverbänden, dem alle Zinseneinnahmen unterliegen. Ferner ist frei das ganze Einkommen der Pfarrverbände, das Einkommen der Klöster, soweit es für Klosterzwecke laufend verwendet wird. Wenn die finanzielle Auseinandersetzung erfolgt ist, wird auch das Einkommenseinkommen aus dem Kapital, das zur Verfügung gestellt wird, von der Körperschaftsteuer nicht getroffen werden.

Diesem letzten Heberblick über das künftige Finanzverhältnis zwischen Kirche und Staat möchte ich Ihnen geben. Die Einkommensverhältnisse lassen sich nicht ändern, die Grundbesitze, die aufgeführt sind, sind auch nicht ändern läßt sich leben. Es kommt jetzt darauf an, sie in der Praxis gerecht durchzuführen.

Der deutsche Episkopat und die Lehrerschaft

Der 2. Bundestag des luth. Annahererbundes, der kürzlich in Paderborn stattfand, wies der Erhebung der weltlichen Kräfte der Annahererbundung und erstreckte sich eines sehr reichen Besuchs. Mehrere hundert luth. Annahererbundungsbundel die Befreiung der Annahererbundung. Mehrere Schulmänner-Gesellschaften des luth. Annahererbundes. Die höchste ruhige und sachliche Debatte über die Besetzung der luth. Annahererbundung der luth. Annahererbundung. Weiter wurde u. a. verhandelt über die Fortbildung der luth. Annahererbundung und über die Vertretung des luth. Annahererbundes in den luth. Annahererbundungsbundel.

Ein besonders feilliches Gespräch hatte die Annahererbundungsbundung, auf der u. a. als Gast erschienen war Bischof Dr. Kahnt Paderborn. Der Bundestag wies der Erhebung der weltlichen Kräfte der Annahererbundung und erstreckte sich eines sehr reichen Besuchs. Mehrere hundert luth. Annahererbundungsbundel die Befreiung der Annahererbundung. Mehrere Schulmänner-Gesellschaften des luth. Annahererbundes. Die höchste ruhige und sachliche Debatte über die Besetzung der luth. Annahererbundung der luth. Annahererbundung. Weiter wurde u. a. verhandelt über die Fortbildung der luth. Annahererbundung und über die Vertretung des luth. Annahererbundes in den luth. Annahererbundungsbundel.

Wort über die Verwirklichung des ersten Bundeszweckes: „Eitlich-religiöse Vertiefung der Berufs- und Lebensauffassung im Geiste der katholischen Weltanschauung.“

Nach Ansprachen des Ersten Bürgermeisters Harten und des Abg. Rheinländer ergriß dann Bischof Dr. Klein das Wort, um nach einem Berichte in der „Sächsischen Volkszeitung“, u. a. auszuführen:

Lassen Sie mich in ihrer Mitte den tiefgefühlten Dank sagen für Ihre bisherige hingebende, eiferstrebige, allen Hindernissen und Schwierigkeiten trotzende Tätigkeit, lassen Sie mich aus ganzer Seele besonders danken für Ihre einmütiges, mannschaftes Eintreten für die Erhaltung, Vertiefung und Verbreitung der einzig richtigen Erziehungsgrundsätze und Erziehungsansätze, wie sie uns von der hl. Glaubenslehre der Kirche Christi und der katholischen Kirche, dieser altchristlichen Stätte christlicher Kultur und echt katholischen Lebens, und ich schreibe mich glücklich, mich in diesem Augenblicke auch als Organ der übrigen deutschen Bischöfe betrachten zu dürfen. Wie Organ bekannt ist, hat in der vergangenen Woche in Fulda die diesjährige Bischofskonferenz stattgefunden. Der Vorsitzende derselben, Kardinal und Fürstbischof Bertram von Breslau, hat mich ausdrücklich beauftragt, Ihnen die bestmöglichen Grüße und Segenswünsche der Bischofskonferenz zu übermitteln. Wie Bischöfe bringen Ihrer Tätigkeit das größte Interesse entgegen. Wir sind hoch erfreut über den eblen Geist, der in Ihrer Vereinnung lebt, und wegen des vollen Vertrauens zu Ihnen, daß Sie Ihre hehren Berufsaufgaben stets im katholischen Geiste ausführen und erfüllen und dementsprechend in den gegenwärtigen und kommenden harten Kämpfen die rechte Stellung einnehmen werden. Herr Lehrer Bergmann-Hilgendorf hat vorhin bereits in sehr deutlicher Form zum Ausdruck gebracht, daß diese Stellung für katholische Lehrer nur sein könne an der Seite des Episkopates. So war es bisher in der katholischen Lehrerschaft, so heißt es jetzt, so soll es bleiben für und für.

Ich erinnere mich in diesem Augenblicke eines Wortes aus dem Munde eines schlichten Bergmannes. Es war im Jahre 1886, da spendete der Bischof Kopp von Fulda, der spätere Kardinal und Fürstbischof von Breslau, im Auftrag des bejahrten Bischofs von Baderborn in Bochum das hl. Sakrament der Firmung. Bei dieser Gelegenheit besuchte er den katholischen Bergmannsverein. Ein Mitarbeiter begrüßte den Oberbirten in der ehrsüchtigen Weise und sagte ihm unter anderem: „Wenn Bischöfliche Gnaden in nächster Zeit mit den übrigen Bischöfen Deutschlands am Ozean des hl. Petrus zu ersten Beratungen zusammentreffen, dann geben Sie ihnen Kunde von der tiefreligiösen Firmung der katholischen Bergleute der Ruhr und verloben Sie ihnen, daß sie sich auf dieselben verlassen können, was kommen, was da wolle.“ Bischof Kopp antwortete liebreich und erklärte: „Wir Bischöfe wissen, daß wir uns in Not und Tod auf die katholischen Arbeiter verlassen können.“ Es waren für ein Bischof solche überaus tröstliche Worte, die jenes Mitglied des katholischen Bergmannsvereins im Namen seiner Mitstrecker ausgesprochen, und es war ein ruhmvolles Zeugnis, das Bischof Kopp dem katholischen Arbeiterstande ausstellte. Sie, meine sehr verehrten Herren, haben durch den Vorstehenden und die übrigen Herren Mitglieder der Tagung in ähnlichem Sinne gesprochen wie der Mann im Arbeiterkittel in Bochum, nur noch ausführlicher und tiefer beschränkt. Meine Antwort auf das heute morgen hier Gehörte, von dem ich gestehen muß, daß es mir tief zu Herzen gegangen ist, ob Ihre Glaubensinnigkeit und Ihres Glaubenszeugnis, kann nur lauten wie die des Bischofs Kopp dem katholischen Arbeiterstande gegenüber. Wir Bischöfe wissen, daß wir uns in Not und Tod verlassen können auf unsere katholischen Lehrer und Lehrerinne(n).

Ich habe an meinem Weibstage vom Weibstage aus den katholischen Lehrpersonen meiner Diözese die Hand zum Pande gereicht und sie alle gebeten, mit mir gemeinsam für das Wohl unserer Jugend zu arbeiten unter der Devise: Pro Deo et patria! Die Treueverpflichtung, die Sie mit heute morgen dargebracht haben, sind mir gewiß genau, daß ich keine Kritik gegen Sie habe. Gott sei Dank! Am liebsten möchte ich jeder Lehrperson mit unauflöslichen Bindungen ins Herz schreiben: „Wandle stets würdevoll, erhabenen Dankes und Gehörte die dir anvertrauten Kinder so, wie du es selbst dem Gott, deinem Gewissen und der katholischen Elternschaft schuldig bist. Bleib sie den Erziehungsberechtigten christlich und fromm erziehen, gut und wohl unterrichtet zurück. Dann trägst du Segen in reichlicher Fülle hinein in die Familien, hinein in die bürgerliche Gesellschaft, hinein in die Kirche Gottes!“

Wie bei allen Kindern, so sehen auch bei Ihnen, meine sehr verehrten Herren, ganz wichtige Standesfragen augenblicklich zur Geltung, Fragen betreffs Ihrer Ausbildung, Ihres gesellschaftlichen Stellung usw. Ich wünsche Ihnen bei Ihren gemeinsamen Besprechungen von Herzen den besten Erfolg, aber um ein bißchen ich Sie bringen und ich unterbreite damit noch einmal dasjenige, was Herr Lehrer Bergmann aus Hildesheim, so trefflich bereits ausführlich ausgesprochen hat, nämlich Ihre Standesforderungen, mögen Sie auch noch berücksichtigen sein, durchzuführen auf Kosten Ihrer katholischen Weltanschauung! Ordnen Sie die Standesfragen den religiösen Fragen stets unter! Der Glaube und die Trägerin der Glaubenswahrheiten, die katholische Kirche, ist unser Alles, unsere Liebe, unser Leben. Alle Standesfragen, sie mögen heißen, wie sie wollen, sind im Grunde wieder Seelenfragen; Seelenfragen aber werden nur gelöst im strengsten Anschluß an die Heiligkeit Gottes auf Erden. Betonen wir es bei dieser Gelegenheit aufs neue und rufen wie es hinaus in alle Welt: Es gibt keine Rettung im Nirvāna der Welt! Es gibt nur Christus und seine Kirche! Wie sehr Zeit, als durch Christus und seine Kirche im nächsten Jahre erweitert zu einer Versammlung aller katholischen Bischöfe Deutschlands, Sie, meine Herren, sind treue Katholiken und als solche ganze Männer, darum rufen Sie nicht, sondern gehen Sie hinaus und suchen Sie die Erfüllungswegweisen und werden Sie nicht müde, das, was Sie selbst als großes Glück erkannt haben, auch anderen mitzuteilen, damit auch erhalten bleibt ein tiefreligiöser, gewissenhafter Lehrerstand. In ihm besitzen wir eine der notwendigsten Voraussetzungen für die so notwendige sittliche Erneuerung unseres Volkes. Es ist zwar keine Kleinigkeit, in der Gegenwart so Ihres Amtes zu walten, daß der Gesellschaft gebietet ist. Es ist ihr aber gebietet, wenn Sie fortfahren, in treuer, hingebender, opferfreudiger Liebe Ihren Beruf zu versehen. Möge unser armes Volk unter Ihrer eifrigen Mitwirkung bald wieder gelangen zu den hohen religiös-sittlichen und weltbürtigen Lebensauffassungen! Der bischöfliche Segen sei Ihnen das Unterpfand des göttlichen Segens für Ihre wichtige und schwere Arbeit.“

band katholisch-deutscher Studenten hatte sich in vollem Maße entfaltet. Zahlreiche katholische Vereine mit ihren Fahnen, christliche Arbeiterorganisationen haben sich geschlossen an dem Katholikentag beteiligt. Sehr zahlreich war der katholische Frauenbund mit seiner Präsidentin Frau Kunze an der Spitze erschienen. Präsident des Katholikentages war Senator Dr. Ledebur. Im geschlossenen Zuge unter Vorantritt von Musikkapellen zogen die Teilnehmer — der Vorbeimarsch des Junges hat über eine Stunde gedauert — zur Festmesse in den zum Festplatz errichteten großen Seminargarten. Trotz des Regenwetters ist vom Programm nicht abgewichen worden. Die Festpredigt des P. Camelli hat einen tiefen Eindruck auf die Festteilnehmer gemacht. An den Nachmittagen fanden in dem großen Saale des Seminars, sowie in den vier öffentlichen Sälen des Hoch-Stadens Versammlungen statt. Leider verbielt es hier der Platzmangel, eingehend über die so großartig verlaufenen Versammlungen zu berichten. Jedenfalls zeugt der Verlauf dieses Katholikentages von einer großen Liebe für den katholischen Glauben unserer sächsischen Katholiken im schönen Vaterlande. Möchte doch dieser Katholikentag ein Ansporn für unsere sächsischen Katholiken sein und sie zur weit zahlreicheren Beteiligung an dem 2. Sächsischen Katholikentage vom 24.—26. September in Leipzig veranlassen.

Kirchliches

Vom Katholikentag der Diözese Leitmeritz

Dresden, 6. September 1920.

Wenn man Ferien hat, so drängt es einen heraus aus der Großstadt in Gottes freie Natur. Dienstag voriger Woche hat mich der Weg von Gießhacksberg i. Erg., wo ich die Nacht verbracht hatte, über Jinnwald nach Tepitz im schönen Böhmerlande geführt. Nach Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt ging es weiter nach dem nahen Wallfahrtsort Mariafelden, wo ich für diesen Tag mein Nachtlager aufsuchte. Hier erfuhr ich, daß am Sonntag den 29. August dem so herrlich gelegenen Wallfahrtsort am Sonntag den 29. August eine großartige Kundgebung der deutschen Katholiken der Diözese Leitmeritz stattgefunden hatte. An 18 000 Teilnehmerarten waren anwesend gewesen. Trotz des denkbar ungünstigen Wetters hat dieser Katholikentag einen kolossalen Erfolg aufzuweisen. Er ist wahrhaftig eine Herrlichkeit der gläubigen Katholiken von Stadt und Land Nordwestböhmens gewesen. Die neue Zeit, die trotz der immer wiederholten Betonung der Freiheit und Gleichberechtigung nur unvollständigen Versuche dem katholischen Volke auch im neuen sächsisch-böhmischen Staate gebracht hat und die gewaltlose Volksverführung zu Vorstößen gegen die kirchliche Ehe und Schule wie bei uns in Sachsen angeleitet haben, sind die Ursache zur glänzenden Veranstaltung. Die Katholikentag hat der Schulfrage, sowie der Frage über die Erhaltung der Entartung der Presse, Kunst und Literatur und nicht zuletzt dem Kampf um die Dienstberechtigung der kathol. Weltanschauung in seinem Programm den weitesten Spielraum gegeben. Männer von Rang und Namen haben mit tiefem Sachverstand diese Aufgabe gelöst und die Richtlinien für die Zukunft festgelegt.

Der glänzende Verlauf der Tagung hat die gespanntesten Erwartungen weit übertraffen, ein Beweis, daß das religiöse Bewußtsein in den Herzen unserer sächsischen Katholiken trotz des Ansturms der Kirchenfeinde noch immer tief wurzelt und auch dort die Katholiken mit Begeisterung bereit sind, ihre heiligsten Güter, die Religion, die Sittlichkeit und die Erziehung ihrer Kinder in ihrer Weltanschauung, mit allen Kräften gegen die Hydra des Unglaubens zu verteidigen. An der Tagung haben viele hochgeachtete Persönlichkeiten teilgenommen, u. a. die hochwürdigsten Bischöfe, Bischof, Groß- und Minoriten, sowie die Abgeordneten, Dr. Feiler, Böck, Wobert und Waret, ferner die Kinder des ermordeten Thronfolgerpaars D. Hohenberg, Mitglieder der alten Geschlechter Ludowig, Densfort, Glaz, Thun, Radziwill, Kunze, Schönborn, Lam-Gallas, Choerel, Herrig, Hays, Condenhove, Hensel, Eichenstädt, Der Kartellier-

Unter „Vorklagernd, Fr. Maria Weber, Seidenau-Süd bei Pirna a. d. Elbe“ liegen Offerten in der Geschäftsstelle dieses Blattes zum Abholen.

Theater

Dresden, 6. September. Schauspielhaus. Unter Vertolung Biercks Leitung ging gestern neuentwirft und in völlig neuer, sehr geschmackvoller und einfacher Inszenierung Steinwands altes Landermärchen „Der Beschwender“ in Szene. Das Alberttheater hatte früher einmal versucht, das Werk zu inszenieren. Das war ein Irrtum gewesen. Solche Versuche betriegt der Mund nicht. Im Schauspielhaus kam gerade dank der einfach-natürlichen Bühnengestaltung eine außerordentliche Wirkung zustande. Mehrere Sätze haben den „Beschwender“ noch wesentlich vertieft und das Wiener Gemüt noch mehr herausgearbeitet. Die sächsische Musik Kreutzers (unter Chig trefflich aufgeführt) hat allerdings die drei Chöre eingebüßt. Aus der Besetzung seien besonders genannt: Bierth in der Titelrolle, besonders als alter Frotzler sehr überzeugend, die Fuchs als frische, saubere Majo, Schröder als böser Kammerdiener, Mertens als geschäftlich und beredsam gleich gut abspielender Kaur, die Besetzung mit einem Omas Sänger, wie früher üblich, war nie unter (Denz), Müller als ein sächsischer Dumont, die Verdien als Christina usw. Und Valentin war Alfred Meyer. Mit dieser Arbeit habe der „Beschwender“ seinen bisherigen Naturbühnen-Schöpfungen entschieden die Krone auf. Das geringe dialektische Wankt nimmt man gern in Kauf angesichts der rühmigen Darbietungsgewalt, mit der Meyer alles bewältigt.

Dresden, 5. September. Alberttheater. Wie viel leicht nicht allgemein bekannt ist, hatte es Frank Weckling in den letzten Jahren seines bewegten Lebens bewahrt, so manches Werk geschrieben zu haben. Dazu gehört zweifellos „Franziska“, ein Mysterium, das gestern abend im Alberttheater wohl in der Bedeutung einer Verpflichtung erstmalig gegeben wurde. Das Stück soll so wirksam sein, die weltliche Fausttaggedichte vorstellen, kommt aber über tabakentüchtiges Elitieren transzendenter Ideen nicht hinaus. Wie es ohne moderne Aufmachung gegeben werden, so hätte man alles falls sich zum Wiederbesuch gerührt, so aber wurde infolge der hier wohnenden Schabung von Inszenierung und Darstellung das Publikum vollständig verwirrt und ratlos. Vielmehr hat auch die dreizehnte künstlerische Leistung in dieser Verbindung beigetragen, indem sie an der Rückseite des Theatergebäude eine „Aktion“ des Stückes abdrückt, die ganz ungläublich besagt. Danach soll „Franziska“ das höchste, konsequente und größte Werk Wecklings sein. Mit solchen Behauptungen wird ein Durchschnittspublikum von vornherein davon abgelenkt, gesund zu denken. Ich habe nie der Autor wiederholt zugeworfen, das den Eindruck macht, als sei der Autor wiederholt zugeworfen gewesen, den verfahrenen Karren im Schlamm stecken zu lassen und auf einem neuen Wege mit neuen Mitteln zu arbeiten. Die ganz Sache hat nur literarisch-historischen Wert. — Die vom Szenenbildner W. Herzfeld geschaffenen Dekorationen stimmen zum Beispiel eines Mysteriums ganz ausgezeichnet, nicht aber zu dieser Handlung. Hier wird ein Parze, ein Spitzelstück aufgeführt, als handle es sich um ein Festspiel. Demgemäß war auch die Aufführung, festes Pathos, viel Earm unrichtig. Die Rollen waren alle mit feinen und doch lam nichtes Geschlossenen zustande. Dafür darf Kolle hause zu sein, der Spielleiter, allerdings nicht verantwortlich gemacht werden.

Nr. 207
Geschäftliche
Breslau, 18. 1920
Verlagsgesellschaft
Herausgabe 2 0.45 M. In
die Sächsisch-Vollzeitung

„Fort mit dem
ein Plakat, das am
Kinderdemonstrat
Sozialdemokrat
getragen wurde. Wie
dieses Plakates ein
Vorfalles aus den
Hoffmann, durch nat
erfreute die Jugend
sprache. Etwa 800
ließen die Kiemen den
erkennen: „Fort mit
Mit berechtigter Iron
Kritikausdruck der
den sei. Zu gleich
sächsischen Jugend mit
berlins statt, wo, wie
Jugend die sofortige
Kauf der kommunist
tur forderien“.

Angesichts dieser
Deutlichkeit die Frage
werden solchen Zust
Krise wärdig mit
unter innere Krise n
sondern wir verstehen
Lichtung und die b
zung unseres Volke
gehen. Die Zustände
was wir eben über d
haben, ist typisch für
eine Sache, die man
das Gebiet einzeln
sich vielmehr um d
darum muß von alle
heimlichem Maße so
gelassen und band
zeugung anderer, ab
kennen doch wohl u
Sozialisten vor einer
auf das Gemeinle d
Knochen vorantragen
zu tun, daß man d
glauben“, was hoch
bedenkens bedeutet.
Glaubens- und Wif
daß diese Freiheit

Im Sachsentum
stein mit seinen
Schon im vorigen
lung genommen, B
lischer Pastor in el
die Beiträge des
Eitlichkeit for
sande“ weiter, das
schaffliche Kultur
die letztere gebe es
Vor und liegt ein
der Dresdner Kon
des Herrn v. Reip
Vortrages, das be
wegt sich zum groß
hier verbielt. Du
den hier die Beh
weist übrigens ein
Presse, die un
Jedenfalls M
sitten unsere Leser
ihnen solche zu We
Beitragungen unter
vorhanden sind, we
betreten, um zu
Wichtigstes ein
wird. Es muß Kr
auf diesem Gebiete
berzüglichem Eins
ber christlichen We
spannt, welche i
geleistet wird und
Zuständen ein Ent

Geschäfts-Eröffnung.
Nachdem wir unsere jahrzehntelange Tätigkeit als Einzelkauf und Leiter der Herren-Konfektion und Maß-Abteilung bei der Firma Heinrich Bursch aufgegeben haben, eröffnen wir am heutigen Tage unter der Firma
Kirst & Bartsch
Zittau, Inn. Weberstr. 31 (Tucher)
ein Spezialhaus für
Herren-, Knaben-, Sport- u. Berufs-Bekleidung
mit feiner Maßanfertigung
Reiche Kenntnisse und langjährige Erfahrungen, mit denen wir in unserem Fach zur Gänze ausgestattet sind, ermöglichen es uns, unsere uns beherrschende Kundschaft in jeder Weise zufriedenstellen zu können.
Unsere vornehmste Aufgabe und eteter Grundsatz wird es sein, nur reelle, gediegene Ware zu führen und diese mit einem bescheidenen Nutzen zum Verkauf zu bringen. Die Mitarbeit eines tüchtigen Schneiders und gut erprobter Schneider werden es uns erleichtern, allen Wünschen unserer sehr geehrten Kundschaft zu begegnen.
Indem wir aufmerksamste Bedienung zusichern, bitten wir unserem Unternehmen das beste Wohlwollen entgegenzubringen und zu schenken.
hochachtungsvoll
Max Kirst + Georg Bartsch
1764

Bei Rheumatismus,
Schl., Gliederreizen, Verstauchungen, Steifheit der Gelenke, Miederlähmung, gebrauche man
Biltz
Rosenstengelspirit
seit alterseher bewährt angewandt,
Flasche 7.50 Mark.
Verfand: Grüne Apotheke,
Erfurt 209. [76]

Herrenstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Sportstoffe
Futterstoffe
Woll-, Gult-, Waren-, Maß-, formtuche, Mantelstoffs, Altartuche empfehlen
Hermann Borchel
1809, Tuchlager
Dresden-N., Scheffelstr. 19
Begründet 1888

Offene Beinleiden,
Kramfadergeschwüre,
alle Wunden,
die nicht heilen wollen,
werden sicher und schmerzlos ge-
heilt durch
Dracels Heilsalbe,
seit alterseher als [70]
Wundersalbe
bekannt u. angeseh. Schachl. N. 3.50
Verf.: Grüne Apotheke, Erfurt (209).

Ämliche Bekanntmachungen
Fleischversorgung in der Stadt Dresden
vom 6. bis 12. September
Es erhalten Personen über 6 Jahre 200 g
Kinder bis zu 6 Jahren 100 g Cornod beef.
Die Ausgabe findet durch den Fleischer statt, bei dem der Verbraucher seinen auf die Zeit vom 30. August bis 30. September 1920 gültigen Fleischscheine abgeben kann.
Der Preis für das entsprechende Pund bei Abgabe an den Verbraucher beträgt 10,10 M., für 200 g 4,05 M. und für 100 g 2,05 M. Bei Abgabe ganzer Bohnen an die Verbraucher beträgt der Preis der einzelnen Loh bei einem Inhalt von ungefähr 2700 g 52,10 M.
Dresden, am 7. September 1920. Der Rat zu Dresden.

Verteilung von verdünnter kondensierter Kuhlandsmilch, Fettgehalt circa 2,7 Prozent
(Nachbekanntmachung vom 25. März 1920, abgedruckt in der Sächsischen Volkszeitung vom 28. März 1920.)
1. **Mittwoch, den 8., und Donnerstag, den 9. September 1920** wird auf den **Stammabschnitt der Wollandsmilchwerke** ein halbes Liter verdünnte kondensierter Kuhlandsmilch, Fettgehalt circa 2,7 Proz. zum Preise von 1,45 M. verteilt, soweit die eingegangene Menge hierzu ausreicht. Ein Anspruch auf Lieferung besteht nicht.
2. Die Verteilung erfolgt durch alle die Milchhändler und Milchgeschäfte, bei denen die Karte zur Abholung gelangt.
3. Die Milchhändler haben die Milch rechtzeitig von der Zentralmolkerei zu beziehen. Gefässe sind mitzubringen.
4. Die erfolgte Lieferung ist auf der Rückseite des Stammabschnittes durch Abheben oder handschriftlichen Vermerk unter Beifügung des Tages abzuschreiben. Hierbei ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß noch weitere Lieferungen auf den Stammabschnitt erfolgen sollen. Der Stammabschnitt ist noch weiter aufzuheben.
5. Anwerberhandlungen sind kraftlos nach der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915.
Dresden, am 7. September 1920. Der Rat zu Dresden. [176]